

"MehrLiN - Mehr Lebensqualität in Nordwest": Gutachten zum integrierten Entwicklungskonzept Nordweststadt Offenburg

Becker, Martin

Postprint / Postprint

Gutachten / expert report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Becker, M. (2011). "MehrLiN - Mehr Lebensqualität in Nordwest": Gutachten zum integrierten Entwicklungskonzept Nordweststadt Offenburg. Offenburg. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-63374-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Basic Digital Peer Publishing-Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den DiPP-Lizenzen finden Sie hier:

<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

Terms of use:

This document is made available under a Basic Digital Peer Publishing Licence. For more information see:

<http://www.dipp.nrw.de/lizenzen/dppl/service/dppl/>

MehrLiN

„Mehr Lebensqualität in Nordwest“

Gutachten zum integrierten
Entwicklungskonzept
Nordweststadt Offenburg

„Sozialraumanalyse“

vorgelegt von

Prof. Dr. phil. Martin Becker

März 2011

im Auftrag der Stadt Offenburg, FB 4 und Abteilung 9.3

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Einleitung	2
Auftrag	3
Methode der Sozialraumanalyse	4
Zusammenfassung der Ergebnisse	5
Empfehlungen für MehrLiN	6
Die Leipzig-Charta der EU	14
Bund-Länder-Programm die „Soziale Stadt“	17
Demografische Entwicklung	19
Weitere demografische und sozialstrukturelle Daten	23
Übergänge von Grundschule in weiterführende Schulen	27
Stadtteilkonferenz; thematische Auswertung	29
Gruppendiskussion mit Bürgervereinigung Nordwest	31
Aktiventreff „Worldcafé“ mit ehrenamtlichen Akteuren	32
Aktiventreff „Worldcafé“ mit hauptamtlichen Akteuren	35
Anlage 1 „Leipzig-Charta“ der EU	37
Anlage 2: Bund-Länder-Programm die „Soziale Stadt“	42
Anlage 3: Auswertung Kurzfragebogen Stadtteilkonferenz	47
Anlage 4: Auswertung Gruppendiskussion Bürgervereinigung	52
Anlage 5: Schaubild Vernetzungs- / Koordinationsstruktur	54

Einleitung

Das vorliegende Gutachten wurde im Auftrag der Stadt Offenburg erstellt. Auf Seite 3 ist dieser Auftrag näher beschrieben. Methodische Grundlage des Gutachtens ist eine Sozialraumanalyse, deren Methodik und Vorgehen auf Seite 4 erläutert ist. Im Aufbau folgt dieses Gutachten nicht der Themenfolge im Sinne der Auftragsbeschreibung, sondern zum Zwecke der besseren Lesbarkeit sind die allgemeine Zusammenfassung der Ergebnisse (Seite 5) sowie die Empfehlungen an den Auftraggeber (Seite 6ff.) den einzelnen Auswertungen im Rahmen der Sozialraumanalyse vorangestellt.

Dementsprechend fallen die Aussagen zu Ergebnissen und Empfehlungen konzentrierter und abstrakter aus, während in den darauf folgenden Auswertungen und Anlagen detaillierter, ausführlicher und konkreter auf Einzelheiten eingegangen wird.

Auftrag

In einem Gespräch am 04. August 2010 wurde die Beauftragung zur Erstellung eines Gutachtens mit Bewertungen und Empfehlungen zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Entwicklungsprozesses im Stadtteil OG-Nordwest zwischen der Stadt Offenburg, vertreten durch...

FB 9, Bürgerservice und Soziales
Frau Karina Langeneckert
Hauptstraße 75-77
77652 Offenburg

FB 4, Bauservice
Herr Kothmeier
Projektleiter Soziale Stadt, MehrLiN
Wilhelmstraße 12
77654 Offenburg

und dem Unterzeichner konzipiert.

Das Gutachten sollte folgende Themen bearbeiten und folgende Leistungen beinhalten:

1. Aufstellung allgemeiner Bewertungsmaßstäbe moderner Stadt-/Quartierentwicklung, inklusive Vergleich mit Entwicklungsstand in OG-NW sowie die Darstellung anstehender Herausforderungen in den nächsten Jahren.
Leistungen: Literatur- bzw. Datenrecherchen und Dokumentation.
Quellen: Leipzig-Charta der EU; Nationales Stadtentwicklungsprogramm für Deutschland, Bund-Länder-Programm „die Soziale Stadt“; Stadtteilstudie OG-NW, Becker 2003; Berichte Stadtteilentwicklungskonzept NW.
2. Soll-Ist-Vergleich „Integriertes Entwicklungskonzept Nordwest - MehrLiN“ mit Darstellung noch offener Umsetzungsvorhaben, bzw. Veränderungs- und Entwicklungserfordernissen in OG-Nordwest.
Leistungen: Dokumentenanalyse, Sozialstrukturanalyse, Infrastrukturanalyse;
Quellen: Sachstandsberichte, Gemeinderatsvorlagen/-protokolle, Bericht externe Begleitung, EFH-FR; Statistik zur Sozial-/Bevölkerungsstruktur; etc..
3. Erhebung von Vernetzungs- und Kommunikationsstrukturen/-prozessen zwischen und innerhalb Institutionen und Organisationen sowie zur Engagementbereitschaft und -beteiligung unter besonderer Berücksichtigung gewöhnlich engagementungeübter Bevölkerungsteile.
Leistungen: Sozialraumanalyse insbesondere zu Netzwerken und Engagement, Gruppendiskussionen in Stadtteilkonferenz und AGs und ExpertInnenbefragungen bei Organisationen lokaler Akteure und der Bürgerschaft.
Quellen: Stadtteilkonferenz, AGs, Organisationen lokaler Akteure.
4. Gesamtbewertung mit Empfehlungen zu weiteren Erfordernissen einer Sicherung nachhaltiger Verantwortungs-, Kooperations- und Beteiligungskultur zur Entwicklung der Lebensqualität im Stadtteil OG-Nordwest.
Leistungen: Ergebnisdokumentation und Empfehlungskatalog.

Zur Methode der Sozialraumanalyse und deren Gestaltung

Sozialraumanalyse will Zusammenhänge zwischen *sozialen* und *räumlichen* Strukturen und Prozessen deutlich machen.

Dabei sind Mikro- und Makro-Perspektiven sowie verschiedene Ebenen des Sozialraums in den Blick zu nehmen.

Zur Erschließung der Makroperspektive wurde ein Vergleich der „Leipzig-Charta“ der EU einerseits und des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ andererseits, mit dem Stadtteilentwicklungskonzept in Nordwest gezogen.

In die Sozialraumanalyse werden sowohl raum- und sozialstrukturelle Analysen als auch Erhebungen von Bedeutungszuschreibungen räumlich-/sozialer Infrastruktur sowie Nutzungs-, Vernetzungs- und Kommunikationsmuster einbezogen.

Zur Ermittlung der sozialstrukturellen Situation wurden neuere Daten zur Bevölkerungszusammensetzung und -entwicklung als auch vorhandene Daten zu sozioökonomischen Indikatoren analysiert.

Die inhaltsanalytische Auswertung der Protokolle der Stadtteilkonferenz für die letzten 10 Jahre wurde ergänzt durch eine Kurzbefragung der TeilnehmerInnen von Stadtteilkonferenz und „AG Kultur und Soziales“.

Mit einer Gruppendiskussion mit dem Vorstand der Bürgervereinigung Nordwest wurde deren Einschätzung zur Entwicklung des Stadtteiles sowie zukünftig anstehender Themen erhoben.

Experteninterviews mit, für die integrierte Stadtteilentwicklung Nordwest verantwortlichen, Akteuren aus Verwaltung (Projektleiter, Geschäftsführer und AbteilungsleiterIn FB 9.3) und Stadtteil- und Familienzentrum (Leiter und GWAler) dienten der Ermittlung der Einschätzungen aus verwaltungs- und fachlicher Sicht sowie deren Definition bisheriger Erfolge und anstehender Herausforderungen.

BürgerInnen als ExpertInnen für ihre eigene Lebenswelt diskutierten und dokumentierten in einem „Worldcafé“ ihre Erfahrungen und Einschätzungen zu Themenkomplexen, wie „Gebäude + Straßen in NW“, „Geschäfte + Dienstleistungen in NW“ und „Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, BürgerInnen und Organisationen in Nordwest“.

Hauptamtliche Akteure als Vertreter von im Stadtteil aktiver Organisationen des Sozial- und Jugendbereichs hatten ebenfalls die Gelegenheit in einem „Worldcafé“ ihre fachlichen und erfahrungsbezogenen Einschätzungen zu den folgenden Themenkomplexen zu diskutieren und dokumentieren: „Nachbarschaften + Integration in NW“, „Soziales + Kultur in NW“, „Bildung + Qualifizierung in NW“ „Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, BürgerInnen und Organisationen in Nordwest“.

Literaturverweis: Riege, Marlo / Schubert, Herbert (Hrsg.)(2005): Sozialraumanalyse: Grundlagen, Methoden, Praxis. VS-Verlag, Wiesbaden

Zusammenfassung der Ergebnisse

Das integrierte Entwicklungskonzept MehrLiN für die Nordweststadt in Offenburg entspricht in seiner Konzeption und Umsetzung weitgehend den Empfehlungen der EU-Charta von Leipzig 2007.

Besondere Stärken stellen die Strategie der integrierten Stadtteilentwicklung und ressortübergreifenden Projektkoordination sowie die kontinuierlich erhobenen Stärken und Schwächenanalysen und die intensive Bürgerbeteiligung dar.

Nachholbedarf gibt es bezüglich des operativen Einbezugs der lokalen Wirtschaft sowie der Implementation eines standardisierten Monitoringverfahrens zur Dokumentation und Kontrolle der Zielkriterien.

Die Ziele des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ sind in Bezug auf räumlich-bauliche Sanierungen, Stärkung sozialer Infrastruktur sowie Vernetzung und Aktivierung von BürgerInnen und anderer lokaler Akteure im Stadtteil auf einem hohen Verwirklichungsgrad gelangt.

Die Nordweststadt Offenburg bietet aus stadtsoziologischer Sicht auf Grund seiner citynahen Lage, seiner gemischten Struktur baulicher Nutzungsarten, seiner Verkehrsanbindung für Individualverkehr und öffentlichen Personenverkehr, seinem relativ gemischten Baualter und Ausstattungsstand der Gebäude und der großen Bevölkerungsvielfalt, gute Voraussetzungen für einen attraktiven Stadtteil zum Wohnen, Leben und Arbeiten für BürgerInnen sowie einem rentablen Betrieb für private und gewerbliche Eigentümer von Immobilien und Betrieben.

Segregationserscheinungen bezüglich Bevölkerungsteilen mit Migrationshintergrund, Armutsbevölkerung, bildungsbenachteiligten Bevölkerungsteilen sowie Veränderungsbedarfe baulicher Art, wie z.B. Verkehrsberuhigung, Bahnhofsumfeldgestaltung, Sicherung der sozialen Kontrolle im öffentlichen Raum des Schulzentrums und Anhäufung von Treffpunkten sozial belasteter Bevölkerungsgruppen stellen Herausforderungen für den Stadtteil dar, die in den nächsten Jahren noch besonderer Aufmerksamkeit und Förderung bedürfen.

Es scheint in der Nordweststadt gelungen, zusammen mit der Bevölkerung und vielen unterschiedlichen weiteren lokalen Akteuren einen Entwicklungsprozess in Gang zu setzen, der ein Vielfaches an Ideen, Energie und Einsatz für das Gemeinwohl/-wesen zu generieren in der Lage war.

Von den Erfahrungen mit der verwaltungs- und behördeninternen Kooperation und der Vernetzung von lokalen Organisationen und Initiativen, ebenso wie mit der Förderung und Moderation von BürgerInnen-Engagement können auch andere Stadtteile Offenburgs und darüber hinaus lernen und profitieren.

Vieles ist bereits erreicht worden, Einiges gibt es noch zu verbessern und Wesentliches gilt es zu beachten, soll dieser integrierte Entwicklungsprozess mit dem Namen MehrLiN nachhaltig gesichert, weiterentwickelt und verstetigt werden.

In den folgenden Empfehlungen und in den Einzelauswertungen der einzelnen Teile dieser Sozialraumanalyse sind dazu noch genauere Angaben enthalten, deren Beachtung und Umsetzung dringend angeraten werden.

Empfehlungen für das integrierte Entwicklungskonzept MehrLiN

Die folgenden Empfehlungen orientieren sich an der GdW-Studie zu Erfolgsfaktoren sozialer Quartiersentwicklung ⁽¹⁾. Zusammengefasst kommt die o.g. Studie zu folgenden zehn Erfolgsfaktoren, die jeweils kurz vorgestellt werden, um anschließend auf der Basis der Ergebnisse dieser Sozialraumanalyse für die Nordwest spezifische Empfehlungen zu formulieren (grauer Kasten).

Zehn Erfolgsfaktoren

1. Individuelle Konzepte für besondere Quartiere
2. Umfassende Konzepte entwickeln
3. Betroffene zu Akteuren machen
4. Multiplikatoreffekte nutzen
5. Erfolge sichtbar machen und darüber reden
6. Kompetenzen und Ressourcen bündeln
7. Projekte verstetigen
8. Projekte professionell organisieren
9. Projekte in die gesamtstädtische Planung einbinden
10. Projekterfolg prüfen und aus Erfahrungen lernen

(1) Quelle: GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. Berlin (Hrsg.) 2010: Erfolgsfaktoren sozialer Quartiersentwicklung. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung von Projekten der "Sozialen Stadt"; Seite 7.

1. Individuelles Quartiersentwicklungskonzept

Situation und Problemlagen können sich zwischen städtischen Quartieren stark unterscheiden, weshalb ein auf das jeweilige Quartier zugeschnittenes Konzept nötig ist, das sowohl Probleme als auch Potentiale des Quartiers berücksichtigt.

Dazu braucht es eine „Stärken-Schwächen-Analyse“ um Handlungserfordernisse identifizieren und Anknüpfungspunkte für Projekte finden zu können. (GdW2010:8)

Die positiven Erfahrungen mit einem auf die spezifischen Stadtteilbelange, deren Besonderheiten, Probleme und Potentiale, zugeschnittenen Konzept wie MehrLiN gebieten ein Beibehalten der starken Quartiersorientierung und Bürgerbeteiligung, die den lokalen Akteuren als Experten für ihre Lebensverhältnisse auch Mitsprache-, Entscheidungs- und Gestaltungsgelegenheiten gewährt. Im Einzelnen bedeutet dies

- Installation von „Gebietsbeauftragten“ innerhalb der städtischen Bau- und Sozialverwaltung zur verwaltungsinternen Koordination, die sich im Stadtteil auskennen und bei der Stadtteilbevölkerung bekannt sind,
- Einführung von Stadtteil-/Quartiersbudgets, die von der Stadtteilkonferenz verwaltet werden;
- Installation von „Bürgerforen“ als bürgerschaftliche Diskussions-, Meinungs- und Willensbildungsplattform, die jeweils einige Bürgervertreter für die nächste Stadtteilkonferenz wählen.

2. Integriertes Entwicklungskonzept

zur Schaffung guter Wohn- und Lebensbedingungen sind unterschiedliche Bereiche wie Wohnen, Verkehr, Freizeit, Soziales, Gesundheit, Wirtschaft etc. zu beachten. Entwicklungsmaßnahmen in unterschiedlichen Bereichen sind miteinander zu verbinden, damit sie sich sinnvoll ergänzen können. Hierzu ist eine Koordination von Maßnahmen und Moderation unterschiedlicher Interessen von Fachabteilungen und Akteuren im Quartier erforderlich. Dies ist Aufgabe der Kommune. (GdW2010:9)

Die oben erwähnte Implementation von „Gebietsbeauftragten“ für die verwaltungsinterne und behördenübergreifende Koordination sollte inhaltlich an die verwaltungsinterne „Arbeitsgruppe Stadtentwicklung“ angebunden und operativ von einem „Team Stadtentwicklung“ aus Stadtentwicklung (FB 1.2), Wirtschaftsförderung (FB 1.4), Stadtplanung (FB 5.1) und Bürgerservice und Soziales (FB 9) geleitet werden. Für jedes Quartier wären „StadtteilkoordinatorInnen“ als Tandem aus den Ressorts Dezernat II (FB 4 Bauservice, FB 5 Planen, FB 6 Verkehr) und Dezernat III (FB 9 Bürgerservice und Soziales; i.d.R. SFZ-Leiter/innen) zu berufen.

Wichtige zukünftige Entwicklungsmaßnahmen für die Nordweststadt sind

- die Entwicklung des Bahnhofsareals
- die weitere Verkehrsentlastung des Stadtteils
- die weitere Entwicklung des Schulzentrums Nord
- die Umsetzung und Gestaltung des Rahmenplans Nordweststadt
- die Beseitigung der sich abzeichnenden „Bildungssegregation“
- die Stärkung der lokalen Ökonomie zur Sicherung des Einzelhandels
- die sozialverträgliche Ansiedelung sozialer Einrichtungen im Stadtteil
- die bürgerschaftliche Absicherung der Öffentlichkeitsarbeit im Stadtteil
- die Förderung der Kultur im Stadtteil
- die Sicherung und Weiterentwicklung der Bürgerbeteiligung im Stadtteil.

Diese bedürfen weiterhin einer integrierten Strategie, die nicht dem Ressortdenken verfällt, sondern als gemeinsame Stadtteilentwicklung konzipiert, kommuniziert und kooperativ mit allen Beteiligten gemeinsam gestaltet wird.

Für die Nordweststadt wird die Beibehaltung des MehrLiN-Prozesses auch über die Laufzeit des Programms Soziale Stadt hinaus empfohlen, denn es stehen noch weitere Entwicklungserfordernisse und Herausforderungen für den Stadtteil an.

3. Betroffene zu Akteuren machen

„Ein zentrales Ziel der sozialen Quartiersentwicklung liegt in der Schaffung selbsttragender Strukturen zwischen den Menschen in einem Quartier, denn soziale Netzwerke tragen wesentlich dazu bei, stabile Nachbarschaften zu bilden.“ (GdW 2010: 9) Vom Engagement der BewohnerInnen für ihr Quartier hängt der Erfolg der Projekte zur Quartiersentwicklung ab, denn nur wenn die Bevölkerung mitwirkt und ihre know how einbringt, gelingen nachhaltige Maßnahmen. Mit dem Einsatz im und für das eigene Quartier verändert sich auch das Image eines Quartiers, weil in der Wahrnehmung Außenstehender von einer engagierten Quartierbevölkerung auf lohnenswerte und attraktive Lebensbedingungen und Lebensumfeld geschlossen wird. Ansonsten würden die Engagementgeübten das Quartier verlassen.

Gelingende BürgerInnenbeteiligung setzt voraus, dass Beteiligung auf allen Beteiligungsstufen von Information und Diskussion über Mitbestimmung, Entscheidungskompetenzen bis zur Selbstorganisation erwünscht, ermöglicht und gefördert wird. Hierzu bedarf es Vertrauen in die Verwaltung und Politik, Transparenz und Verlässlichkeit der Beteiligungsmöglichkeiten sowie entsprechender Gestaltungsspielräume. „Um langfristige Strukturen und Netzwerke zu schaffen, sind in der Regel auch langfristig stützende Strukturen notwendig. Komplette selbst tragende Strukturen sind hingegen aufgrund der Fluktuation und des ständigen Wechsels der beteiligten Bewohner vielfach nicht zu realisieren.“ (GdW2010:10)

Die BewohnerInnen der Nordweststadt haben zwischenzeitlich Übung darin, ihre Expertise (Wissen, Erfahrungen, Kompetenzen) bezüglich der Themen und Potentiale des Stadtteiles in das lokale Geschehen kritisch einzubringen. Die in den letzten Jahren im Rahmen von MehrLiN geschaffenen Gelegenheiten der vielfältigen Beteiligung am Stadtteilgeschehen sollten erhalten, gesichert und ausgebaut werden. Dies bedeutet u.a.

- Beibehaltung der Einrichtung von Arbeitsformen zur Beteiligung von BürgerInnen, die von der Verwaltung zur Begleitung städtischer Planungen und Vorhaben eingesetzt und geleitet werden (z.B. AGs, Bürgerwerkstatt)
- Ermöglichung und Anregung von Arbeitsformen der bürgerschaftlichen Selbstorganisation für Anliegen aus dem Stadtteil, die von BürgerInnen selbst geleitet oder von GWA moderiert werden (z.B. „Bürgertisch Stadtteilkultur“, „Bürgertisch Franz-Volk-Park“, „Bürgerforum“ als regelmäßiges öffentliches Beteiligungsformat; vgl. Schaubild Anlage 5)
- Schaffung von Transparenz über die verschiedenen Beteiligungsformen durch feststehende Begriffe, je nach dem ob die Initiative dafür von BürgerInnen oder Verwaltung ausgeht (z.B. „AGs“ und „Bürgerwerkstatt“ als Verwaltungsinitiative; bzw. „Bürgertische“ als BürgerInneninitiative; außerdem „Bürgerforum“ als öffentliches Plenum, bzw. „Stadtteilteam“ als Vernetzungsformat der Organisationen im Stadtteil sowie Stadtteilkonferenz quasi als „Stadtteilparlament“)
- Mit der Einführung eines Stadtteilbudgets können Selbstorganisation und Selbstverantwortung des bürgerschaftlichen Engagements auf Stadtteilebene gestärkt (Das Budget könnte sich in der „Restlaufzeit“ des Programms Soziale Stadt aus Fördergeldern für nichtinvestive Maßnahmen speisen. Danach könnten Finanzmittel aus dem gesamtstädtischen Haushalt für öffentliche Aufgaben sowie aus privaten Finanzmitteln z.B. von Wohnungsunternehmen oder Immobilieneigentümern, wie z.B. Spielplatzbau- und Unterhaltung, Grünpflege, etc. akquiriert werden.

Weil es auch engagementungeübte Menschen gibt, deren Bedürfnisse und Interessen oft vernachlässigt werden, sind Möglichkeiten der Interessenserschließung und Willenserkundung (wie am Beispiel Frauenbefragung und Arbeitskreis Seniorenarbeit bereits begonnen) benachteiligter Bevölkerungsteile zu entwickeln und in Maßnahmen zu überführen.

4. Multiplikatoreneffekte nutzen

Gelungene erfolgreiche Projekte können sowohl innerhalb als auch außerhalb des Quartiers Vorbildfunktion erfüllen und Nachahmungseffekte auslösen. Solche Effekte des voneinander Lernens können durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit seitens Stadtverwaltung und Quartiersarbeit verstärkt werden. (GdW2010:10)

Die intensive und ausführliche Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des MehrLiN-Prozesses sollte eine Fortsetzung finden. Dabei wäre auf eine stärkere Verankerung in der Bevölkerung zu achten, die auch die Selbstorganisationsfähigkeit der Stadtteilbevölkerung berücksichtigt. So gibt es bereits eine Stadtteilzeitung, die von der Bürgervereinigung herausgebracht wird. Aus der Bevölkerung wird eine Aktualisierung und Verstärkung der Public Relation Aktivitäten, z.B. durch eine/n Pressebeauftragte/n in/aus dem Stadtteil problematisiert. Möglicherweise liegen in der Kooperation von Bürgervereinigung, SFZ aM und einer ehrenamtlichen Pressebeauftragten Synergieeffekte, die MultiplikatorInneneffekte im Sinne der o.g. GdW-Studie bewirken könnten. Wenn Gemeinderats- und Ausschusssitzungen auch in den Stadtteilen tagen würden, gäbe es für erfolgreiche Stadtteilentwicklungen öffentlichkeitswirksame Anknüpfungspunkte für deren mediale Vermittlung.

5. Erfolge sichtbar machen und darüber reden

Komplexe Entwicklungsprojekte erfordern ein professionelles Projektmanagement, mit eindeutigen Steuerungs- und Umsetzungsverantwortlichkeiten sowie klarer Zielformulierung und Prozessgestaltung mit Zwischenschritten und Projektbausteinen. Ein schrittweises Vorgehen ermöglicht auch bei langfristigen und langwierigen Entwicklungs-/Veränderungsphasen Erfolgswahrnehmungen bei den Beteiligten. (GdW2010:10)

Trotz der jetzt schon vergleichsweise langen Laufzeit des MehrLiN-Prozesses haben sich in dessen Verlauf viele BürgerInnen für ihren Stadtteil engagiert und etliche sind kontinuierlich dabei geblieben. Dies ist sicher auch auf die zahlreichen Kleinprojekte zurück zu führen, die es den jeweils interessierten ermöglichte punktuell, themenbezogen und zeitlich begrenzt aktiv zu werden, ohne sich und die direkte Umgebung zu überfordern. Diese Erfahrung ist auch für die Zukunft zu beachten. Es braucht daher projekthafte Entwicklungsphasen mit begrenzter Ziel- und Aufgabenstellung, begrenzter Beteiligungsperspektive und begrenzten Budgets.

6. Kompetenzen und Ressourcen bündeln

Soziale Quartiersentwicklung erfordert die Einbindung und Kooperation aller betroffenen Akteure. Hierzu zählen neben der Stadtverwaltung und Institutionen (wie Schule, Polizei, Arbeits- und Sozialverwaltung, etc.) und den BürgerInnen auch Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft (Kirchen, Wohlfahrtsverbände, andere sozial-caritative Organisationen, Bürgervereine etc.) sowie die Organisationen der Wirtschaft (Unternehmen, Betriebe, Einzelhändler, Freiberufler, etc.).

„Ziel ist es, neue Partnerschaften zwischen den Bewohnern, der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand zu erreichen.“ (GdW2010:11)

Die Bündelung von Ressourcen kann durch Einbindung von Quartiersentwicklungsprogrammen in die gesamtstädtische Entwicklung (integrierte Stadtentwicklung) zu Synergieeffekten führen. Quartierfonds gelten als hilfreiche Instrumente zur Stärkung der Gemeinschaft, Förderung der Stadtteilidentifikation und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements. (GdW 2010:12)

Die o.g. Empfehlungen für klare Beteiligungsstrukturen (vgl. Schaubild Anlage 5) ein Stadtteilbudget, sowie den stärkeren Einbezug der lokalen Wirtschaftsförderung treffen auch auf diesen Punkt zu.

Einige wichtige Punkte sollen hier ausdrücklich erwähnt werden:

- mit der baulichen Nutzungsmischung in der Nordweststadt ist das Potential einer starken Präsenz von Gewerbe- und Industriebetrieben verbunden. Die im Stadtteil angesiedelten Gewerbe- und Industriebetriebe haben nicht zwangsläufig auch einen starken Bezug zum Stadtteil. Dennoch könnten die im Stadtteil angesiedelten Gewerbe- und Industriebetriebe eine wichtige Ressource für die Verbesserung der prekären Beschäftigungs- und damit auch Einkommenssituation darstellen, die es noch zu erschließen gilt.
- Für die Gastronomie- und Einzelhandelsbetriebe im Stadtteil ist die nahräumliche Kundschaft jedoch durchaus bedeutsam. Eine Vernetzung des Einzelhandels im Quartier sowie deren Einbindung in die Stadtteilentwicklung wäre daher eine lohnende Aufgabe für die weitere Entwicklung von Kompetenzen und Ressourcen.
- Das Schulzentrum Nord stellt in Sachen Naherholungsraum sowie Bildungs- und Begegnungszentrum eine ebenfalls starke Ressource für den Stadtteil dar. Schulen, Alevitisches Kulturzentrum, ETSV, SMS und SFZ sind als Institutionen als wichtige lokale Akteure im Stadtteil zu verstehen und an dessen Entwicklung zu beteiligen. Wenn diese auch keine originär stadtteilbezogenen Institutionen sind, sondern gesamtstädtische oder gar überregionale Einzugsbereiche haben, sind ihre Räume und die darin stattfindenden Aktivitäten doch Teil des Stadtteilgeschehens. Zusätzlich wird die Kooperation der im Schulzentrum vertretenen Institutionen, angesichts der potentiellen Anfälligkeit solch großer Areale für Vandalismus und illegale Handlungen, durch die geringe soziale Kontrolle, besonders bedeutsam und wichtig.
- Die Kombination unterschiedlicher Schularten, Stadtteil- und Familienzentrum und Selbstlernzentrum stellt eine Ressource dar, die sehr gute Voraussetzungen zur Analyse und Bewältigung der festgestellten Problematik von Bildung und Qualifizierung bietet, die unbedingt gemeinsam und ohne Schuldzuweisung angegangen werden sollte.
- Die bereits angesprochene Ressource der Bürgerbeteiligung und des Bürgerengagements kommt nicht von ungefähr und ist angesichts der berichteten und immer noch vorhandenen überdurchschnittlichen Problembelastung des Stadtteils und seiner Bevölkerung nicht selbstverständlich, sondern kann als eine Folge der intensiven Gemeinwesenarbeit zur Förderung von Gemeinsinn und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements angesehen werden. Solange der Stadtteil noch eine überdurchschnittliche Problembelastung aufweist, sollte seine Bürgerschaft auch durch professionelle Gemeinwesenarbeit, bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen und Problemen unterstützt werden.

7. Projekte verstetigen

Nachhaltige Entwicklung stellt sich ein, wenn Entwicklungsprozesse und Projekterfolge durch die Nutzung vorhandener und/oder geschaffener Strukturen langfristig gesichert werden können. Auf eine Verstetigung der im bisherigen Entwicklungsprozess erfolgten positiven Entwicklung eines Quartiers hinzuwirken, ist gemeinsame Aufgabe der Kommune, als zuständige Behörde für die Sicherung der allgemeinen Daseinsvor-/fürsorge sowie von Wohnungswirtschaft und lokaler Wirtschaft, die von der positiven Quartiersentwicklung auch wirtschaftlich profitieren. Wenn der Fortbestand für bestimmte Projekte für die nachhaltige Quartiersentwicklung erforderlich ist, sind finanzielle Hilfen auch über den Projektzeitraum hinaus auf Dauer zu sichern. Dazu zählen z.B. Räumlichkeiten für Begegnungs- oder Quartierszentren und Personalstellen zur Koordination und Moderation von Akteuren und Aktivitäten im Quartier. Über die finanzielle Beteiligung von Kommune, Wohnungswirtschaft und lokaler Wirtschaft ist vor Ort ebenso zu verhandeln wie über die Akquise von Fördergeldern aus Bundes- und Landesmitteln. (GdW2010:12)

Solange es in Nordwest noch anspruchsvolle Entwicklungsaufgaben zu bewältigen gilt, ergibt sich die Notwendigkeit zur weiteren finanziellen Sicherung der GWA. Dabei wäre an den Einbezug der lokalen Wohnungs- und Privatwirtschaft sowie die Gewinnung von Bundes-/Landesmitteln und Stiftungen zu denken.

8. Projekte professionell organisieren

„Der Erfolg sozialer Projekte hängt wesentlich von der Qualität der Steuerung ab.“ (GdW2010:13). Wie unter Punkt 2 bereits angedeutet, ist dafür eine leistungsfähige und kompetente Koordination innerhalb der Kommunalverwaltung sowie zwischen Kommune und anderen Behörden ebenso erforderlich, wie eine professionelle Moderation zur Vernetzung und Vermittlung zwischen den Interessen lokaler Akteure. Damit die Anliegen der BürgerInnen ihren Weg finden, bedarf es eines Treffpunktes sowie einer Anlaufstelle im Quartier, der räumlich (zentral) und strategisch (verschiedene Nutzungen bündelt) so günstig liegt, dass dort Ideen und Potentialen zusammen kommen, gebündelt werden und Wirkungen erzeugen können. (GdW2010:13)

Auf Seiten der Verwaltung wird die Berufung von „StadtteilkoordinatorInnen“ durch Bildung von Tandems aus VertreterInnen der Dezernate II (Planen, Bauen, Verkehr) und III (Bürgerservice und Soziales) vorgeschlagen, die sowohl Koordinationsaufgaben verwaltungsintern übernehmen, als auch gegenüber anderen Behörden sowie gegenüber den lokalen Akteuren aus den jeweiligen Stadtteilen, für die sie zuständig sind, als Ansprechpartner auftreten. Dadurch wird die interne und externe Kommunikation qualifiziert und Reibungsverluste auf Grund fehlender Absprachen, Informationslücken oder Missverständnissen vermindert. Die Moderation verwaltungsseitig initiiert / verantworteter Beteiligungsformen (wie „Stadtteilkonferenz“, „Bürgerwerkstatt“, AGs) kann und sollte durch Vertreter der Verwaltung erfolgen, während Vernetzungs- und Beteiligungsformen lokaler Akteure und Bevölkerung (wie „Bürgerforum“, „Stadtteilteam“) von der Quartiersarbeit/GWA übernommen werden sollte. Von BewohnerInnen initiierte Aktivitäten (wie z.B. „Bürgertische“) sollten möglichst von BürgerInnen selbst moderiert und allenfalls von der GWA (logistisch) unterstützt werden.

9. Projekte in die gesamtstädtische Planung einbinden

Maßnahmen der Quartiersentwicklung sollten räumlich-baulich, zeitlich und strategisch in die gesamtstädtische Entwicklung integriert sein. „Die Wirkung öffentlicher Maßnahmen kann durch frühzeitige Abstimmung und Bündelung öffentlicher und privater Finanzmittel auf Gebiets- bzw. Stadtteilebene erhöht werden.“ (GdW2010:13)

Um die Abstimmung von Stadtteilentwicklungsplänen und Maßnahmen mit der strategischen Stadtentwicklung zu sichern, wären die Zuständigkeiten und Gremien auf beiden Ebenen (Gesamtstadt und Stadtteile) miteinander abzustimmen, bzw. miteinander zu verzahnen.

Auf Gesamtstadtebene könnte die verwaltungsinterne „Arbeitsgruppe Stadtentwicklung“ von einem „Team Stadtentwicklung“ aus Stadtentwicklung (FB 1.2), Wirtschaftsförderung (FB 1.4), Stadtplanung (FB 5.1) und Bürgerservice und Soziales (FB 9) operativ unterstützt werden.

Für jeden Stadtteil bzw. Quartier wären „StadtteilkoordinatorInnen“ als Tandem aus den Ressorts Dezernat II (FB 4 Bauservice, FB 5 Planen, FB 6 Verkehr) und Dezernat III (FB 9 Bürgerservice und Soziales; i.d.R. SFZ-LeiterInnen) zu berufen, die unter Leitung des o.g. „Team Stadtentwicklung“ über die strategische Gesamtstadtentwicklung informiert sind sich gegenseitig absprechen und wie „Projektleiter“ interne und externe Koordinationsaufgaben auf Stadtteilebene wahrnehmen.

10. Projekterfolg prüfen und aus Erfahrungen lernen

Zur Unterstützung des Ausbaus von Wissen und Erfahrungen gehört die Evaluation von Projekten zum Standard von Quartierentwicklungsprozessen. Der Wissenstransfer sollte über den Kontakt zwischen Stadtverwaltung, Wohnungsunternehmen lokaler Wirtschaft und anderen Institutionen stark forciert werden. Über GemeinwesenarbeiterInnen und BürgerInnenbefragungen können Feedbacks von BürgerInnen eingeholt und aufbereitet werden, um für den weiteren Entwicklungsprozess wichtige Hinweise zu erhalten. (GdW2010:14)

Neben der bisher kontinuierlichen und ausführlichen Berichterstattung über Sachstandsberichte sollte ein standardisiertes Monitoring für alle, im Sinne der Zielsetzung der Stadtteilentwicklung, relevanten Kriterien eingeführt werden.

Zu den relevanten Zielkriterien zählen u.a. (vgl. Anlage 2, Seite 44)

Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung, Armutsindikatoren der Bevölkerung, Schulabgängerstatistik, Wanderungsbewegungen in/aus NW, Altersverteilung, Bevölkerung mit/ohne Migrationshintergrund, Lebensformen insbes. mit/ohne Kindern, Angebot an günstigem Wohnraum, Grundstückspreise, Immobilienmarkt und Mietspiegel, Einzelhandels- und Gastronomiesituation, nahräumliches Versorgungsangebot, Vandalismuskvorkommen, ÖPNV-Nutzung, Bau- und Sanierungsaktivitäten, Verkehrssituation/Verkehrsbelastung, und subjektive Zufriedenheit/Wohlbefinden der Bevölkerung und Stadtteilimage.

Ein standardisiertes Monitoring ermöglicht einen ständigen Überblick über Veränderungen wesentlicher Parameter und dient damit der Analyse und Steuerung von Entwicklungsprozessen.

Über die Dienste der DUVA, die die Stadt Offenburg bereits nutzt, könnte ein solches Monitoring erstellt werden.

Auf der Grundlage des standardisierten Monitorings wären weitere Maßnahmen der „formativen“ (Überprüfungen und Veränderungen im laufenden Prozess, z.B. durch Gruppendiskussion, gezielte Beobachtung, „aktivierende Befragung“) sowie der „summativen“ Evaluation (Bewertung der Zielerreichung und Wirkungen als Zwischen- oder Endauswertung von Programmen/Maßnahmen) möglich.

Empfohlen werden neben der derzeit bereits praktizierten prozessbegleitenden („formativen Evaluation“) Selbst- und Fremdevaluationsmaßnahmen gegen Ende der Laufzeit des Programms Soziale Stadt in der Nordweststadt eine Gesamtbewertung des Entwicklungsprozesses („summative Evaluation“) vorzunehmen und dazu auch das Instrument einer repräsentativen Befragung der Bevölkerung einzusetzen.

Grundsätzlich sollte das Instrument der Bevölkerungsbefragung nicht zu oft angewandt werden, weil die Rücklaufquote und Qualität der Ergebnisse bei zu häufiger Anwendung abnehmen. Auf jeden Fall aber empfiehlt sich eine Befragung zu Beginn und Ende eines neuen Entwicklungsprozesses in Stadtteilen oder Quartieren durchzuführen.

Als Richtwert wird empfohlen, etwa alle 10 Jahre eine Befragung durchzuführen.

Ergänzende Empfehlungen zu Strukturen und Prozessen von Bürgerbeteiligung und Vernetzung auf Stadtelebene

Kommunikationswege und Informationsfluss müssen möglichst transparent, pragmatisch und verlässlich sein, denn wenn sich Vertrauen zwischen Verwaltung und Bevölkerung entwickelt und erhalten bleibt, werden die vorhandenen Kommunikationswege genutzt und begangen. Die bisherigen direkten Beteiligungsmöglichkeiten für Individuen (monatliche „BürgerInnensprechstunde“ bei OB) und Bürgervereine (jährliche Gespräche zwischen Verwaltungsspitze und Vorständen der Bürgervereine) sowie im Rahmen des allgemeinen Beschwerdemanagements („Bürgerideen und –anliegen“) sind bislang strukturell nicht in die Beteiligungs- und Vernetzungsformen auf Stadtelebene eingebunden.

Daher wird empfohlen, den Bürgervereinen in der Stadteilkonferenz Raum für die Berichterstattung über das jährliche „OB-Gespräch“ der Bürgervereinsvorstände zu geben und ihrerseits Anliegen der Stadteilkonferenz dort vorzubringen.

Die Anregungen und Anliegen aus den Bürgersprechstunden und dem allgemeinen Beschwerdemanagement können nur mit Einverständnis der jeweiligen BürgerInnen in die Stadteilkonferenz eingebracht werden, deshalb ist dieses Einverständnis direkt bei den betreffenden BürgerInnen bei deren Kontaktaufnahmen einzuholen.

Wegen der guten Erfahrungen mit festen Ansprechpartnern für die Stadteilbevölkerung seitens der Stadtverwaltung wird empfohlen, für alle Kernstadteile „StadteilkoordinatorInnen“ einzusetzen. Um der Bevölkerung selbstorganisierte Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten wird vorgeschlagen, „Bürgerforen“ zu etablieren und durch Entsendung von Delegierten in die Stadteilkonferenz aufzuwerten.

Zu den Ergebnissen im Einzelnen

Die Leipzig-Charta der EU

Die „Leipzig-Charta“ wurde von den EU-Staaten im Mai 2007 beschlossen und beschreibt Wege zu einer nachhaltigen europäischen Stadtentwicklung.

Darin wird die gewachsene europäische Stadt (jeder Größe) als wertvolles und unersetzbares Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgut angesehen, das es zu schützen, zu stärken und weiter zu entwickeln gilt.

Mit einer Nachhaltigkeitsstrategie sollen

- wirtschaftliche Prosperität
- sozialer Ausgleich und
- gesunde Umwelt

bewirkt werden. (siehe Anlage 1)

Im Großen und Ganzen entspricht das integrierte Entwicklungskonzept für Nordwest den Richtlinien der „Leipzig-Charta“. Der Soll-Ist-Vergleich (siehe Anlage 1) zeigt, dass die Empfehlungen einer integrierten Stadtentwicklung weitgehend berücksichtigt werden.

Wie werden die Empfehlungen der „Leipzig Charta“ in NW umgesetzt?

Teil I der „Leipzig-Charta“ Integrierte Stadtentwicklungspolitik

So wurden **„Analysen der Stärken und Schwächen“** der Stadt und seiner Teile mit mehreren Studien (Vorbereitende Untersuchung HS-OG; Studie Becker/2003 (Uffhofen + NW), Berichte Maier/2002+2004 (Nordwest), LOS-Bedarfserhebung Becker/2005; Sachstandberichte und MehrLiN-Tag 2008, Rahmenplan Nordwest 2010) erhoben.

Die geforderte „Entwicklung einer **Vision** sowie beständiger **Entwicklungsziele** für das gesamte Stadtgebiet, *bzw. für den Stadtteil*“ wurde in Offenburg durch den „Prozess **„Stadtkonzeption 21“** -lokale Agenda 21 Offenburg bzw. den **MehrLiN-Prozess** seit 2001 forciert.

Die **„Abstimmung** teilräumlicher, sektoraler **Pläne und politischer Maßnahmen** sowie die Sicherung einer ausgeglichenen Entwicklung des Stadtraumes in Bezug auf die geplanten Investitionen“ wurde für den Stadtteil Nordwest, durch ein **Programm Integrierte Stadtteilentwicklung** realisiert.

Die Empfehlung einer **„Koordination und Moderation** innerhalb der Stadtverwaltung sowie zwischen allen lokalen Akteuren auf Gesamtstadt- und Stadtteilebene“ wurde für den Stadtteil Nordwest, durch Einrichtung einer verwaltungsinternen **Lenkungsgruppe** sowie einer **Koordinierungsgruppe** umgesetzt.

„Koordination auf lokaler und stadtreionaler Ebene unter **Einbezug** der **BürgerInnen und anderer Beteiligter**“ läuft in Nordwest in der **Stadtteilkonferenz** sowie den **Bürgerabenden** und **MehrLiN-Infoabenden**.

Die Empfehlungen der „Leipzig Charta“ für **„Handlungsstrategien für eine nachhaltige Stadt(-teil)entwicklung“** zur **„Herstellung und Sicherung** qualitätsvoller, vielfältiger **öffentlicher Räume**“, werden in der Nordweststadt über die Entwicklung und Verbesserung von **Straßen und Plätzen** sowie der **Spiel-/Frei- und Grünflächen** im Stadtteil verwirklicht sowie über die neu konzipierte **Rahmenplanung NW**.

Auf die „**Modernisierung der Infrastrukturnetze** wie z.B. öffentlicher Stadtverkehr“ zielen die Maßnahmen der **AG Verkehr und Infrastruktur** in Nordwest.

Zur „Schaffung einer kompakten **Siedlungsstruktur**“ dient die in der Nordweststadt verfolgte Strategie **Sanierung und Innenverdichtung** vor Neubau im Außenbereich.

Auf „**Nutzungsmischung** von Wohnen, Arbeiten, Bildung, Versorgung und Freizeitgestaltung in den Stadtquartieren“, zielen die neu konzipierte **Rahmenplanung NW**, die Erhalt und Festigung der vorhandenen vielfältigen Nutzungsmischung vorsieht.

Auch die in der „Leipzig-Charta“ empfohlene „aktive Innovations- und **Bildungspolitik**, durch Förderung des sozialen und interkulturellen Dialogs, Zusammenführung lokaler Akteure, Unterstützung von Netzwerken, Optimierung von Standortstrukturen, etc.“ wird im integrierten Entwicklungsprozess der Nordweststadt durch zahlreiche **Maßnahmen + Projekte** zur Bildungsförderung, Kunst- und Kulturförderung, **AGs** und **runde Tische** zur Vernetzung (Kultur und Soziales, Verkehr und Sicherheit, Franz-Volk-Park, etc.) ebenso wie durch das Programm „**Offenburg macht Schule**“, die **Schaffung SMS** und die **Gestaltung des Freigeländes Schulzentrum Nordwest** berücksichtigt.

Weitere Hinweise zu Teil I:

Durch **Rahmenplanung 2010**, Konsolidierung und Ende der intensiven Bauphase sowie die Schulzentrumsplanung wird sicher gestellt, dass **Stadt(teil-)entwicklung nicht nur von Privatinvestitionen abhängig** ist.

Durch **Aufwertung ohne Verdrängungseffekte** wird gesichert, dass in der Nordweststadt auch in Zukunft eine **soziale Bevölkerungsmischung** besteht.

Durch **Weiterführung des Entwicklungsprozesses unter Beteiligung lokaler Organisationen und der Bevölkerung** soll/kann die Nordweststadt für **unterschiedliche Bevölkerungsgruppen** (verschiedene Generationen und Geschlechter, Lebensformen mit/ohne Kinder, Menschen mit/ohne Migrationshintergrund, Menschen mit/ohne Behinderung, unterschiedliche Einkommensgruppen) **attraktiv** gestaltet werden.

Durch Weiterführung des Entwicklungsprozesses unter **gleichwertiger Berücksichtigung von** Wohnraum, Wirtschaft, Einkaufs- und Verkehrsinfrastruktur, Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten, kann die **Vielfalt der Nutzungsmischung** (Wohnen, Arbeiten, Bildung, Versorgung, Freizeitgestaltung) erhalten/gefördert werden.

Entsprechend der Bauvorgaben wie z.B. Freigelände Schulzentrum und Zugang zum Schulzentrum am Hohen Rain hat sich die Nordweststadt in Bezug auf Barrierefreiheit im öffentlichen Raum entwickelt.

Teil II der „Leipzig-Charta“ fordert „**besondere Aufmerksamkeit für benachteiligte Stadtquartiere im gesamtstädtischen Kontext**“.

Die Empfehlungen hierzu wie:

▪ **soziale Wohnraumpolitik**

wird in Nordwest durch ***Einbezug von Wohnbaugesellschaften bzw. -genossenschaften***, mit dem Ziel der Vermeidung von Verdrängungseffekten benachteiligter bzw. einkommensarmer Bevölkerung versucht umzusetzen.

▪ **soziales Monitoring**

wird in Offenburg und dem Stadtteil Nordwest ***nicht in standardisierter Form praktiziert***. Hier verweist die Projektleitung auf die relativ geringe Größe Offenburgs und des Stadtteiles sowie auf die vergleichsweise harmlose Problembelastung.

▪ **Dialoge zwischen BewohnerInnen, Politik und wirtschaftlichen Akteuren**

Die Dialogkultur wurde und wird im Rahmen des integrierten Entwicklungsprozesses MehrLiN durch vielerlei Maßnahmen geprägt. Die ***Beteiligung wirtschaftlicher Akteure könnte noch verbessert werden***. Als Schwierigkeit gilt die heterogene Unternehmensstruktur im Stadtteil. Trotz stadtweiter Wirtschaftsforen gibt es wenig Kooperation auf Stadtteilebene. Mit den Einzelhändlern in Nordwest gibt es mit dem „Straßen- und Baustellenfest“ erste Kooperationserfahrungen, die noch ausbaufähig sind.

Weitere Hinweise zu Teil II:

In erster Linie durch die ***Wohnbaugenossenschaften***, deren Auftrag Erhalt und Schaffung preisgünstigen Wohnraums ist, wird sicher gestellt, dass **bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen** erhalten bleibt bzw. geschaffen wird.

Durch ***Straßenfeste*** den Einzelhandel vernetzen und aktivieren, sind Maßnahmen und Ideen, die **lokale Ökonomie im Stadtteil zu stärken**.

Die **Zusammenarbeit mit Gewerbe und Einzelhandel** im Rahmen der integrierten Stadtteilentwicklung zu gestalten ist vornehmlich Aufgabe der ***städtischen Wirtschaftsförderung***, die ***stärker stadtteilbezogen*** gefragt ist. Angesichts der **auffälligen Verteilung der Übergänge auf weiterführende Schulen** sollten ***sozial benachteiligte Kinder durch Maßnahmen speziell und qualifiziert gefördert werden***.

Für ein **soziales Monitoring** in Offenburg bzw. in Nordwest gibt es bislang **kein standardisiertes Verfahren**. Zuständig sind FB 1, 1.2 allgemeine Stadtentwicklung und FB 9 Bürgerservice und Soziales. Hier wäre das **Angebot von „DUVA“** (<http://www.duva.de/index.html>), das die Stadt Offenburg bereits nutzt, eine Alternative zu einem eigenen Statistikportal wie es Großstädte (siehe „FRITZ die Onlinestatistik der Stadt Freiburg“) z.T. unterhalten.

Bund-Länder-Programm die „Soziale Stadt“

Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und der Länder wurde im Jahr 1999 mit dem Ziel gestartet, die „Abwärtsspirale“ in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensbedingungen vor Ort umfassend zu verbessern. Die Soziale Stadt startete im Jahr 1999 mit 161 Stadtteilen in 124 Gemeinden; 2009 waren es bereits 571 Gebiete in 355 Gemeinden (vgl. BMBS, Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt).

Ziele des Programms sind

- die physischen Wohn- und Lebensbedingungen sowie die wirtschaftliche Basis in den Stadtteilen zu stabilisieren und zu verbessern,
- die Lebenschancen durch Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen zu erhöhen,
- Gebietsimage, Stadtteilöffentlichkeit und die Identifikation mit den Quartieren zu stärken.

Wie werden die Empfehlungen der „Sozialen Stadt“ in NW umgesetzt?

Die **„Empfehlungen der „Sozialen Stadt“**, die physischen Wohn- und Lebensbedingungen sowie die wirtschaftliche Basis in den Stadtteilen zu stabilisieren und zu verbessern“, werden im Rahmen von MehrLiN umgesetzt durch Sanierungen + Modernisierungen von Gebäuden, Wohnungen, Straßen + Plätzen sowie den Einbezug der lokalen Wirtschaft in den Entwicklungsprozess sowie Versuche der Vernetzung lokaler Unternehmen (z.B. Einzelhandel mit Straßenfest).

Die **Steigerung von Lebenschancen** der BewohnerInnen **durch Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen**, wird versucht durch Bildungs- +Qualifizierungs-Projekte („LOS“ und „Stärken vor Ort“), Modellprojekte sogenannte „nichtinvestive Maßnahmen“ zu realisieren.

In Sachen Stärkung des **Gebietsimage, Stadtteilöffentlichkeit und Identifikation** mit den Quartieren, sind nach Einschätzung lokaler Akteure (Stadtteilkonferenz, AG Kultur und Soziales, Bürgervereinigung, SFZ-Leiter, SFZ-GWAler) Wirkungen bereits feststellbar.
(Weitere Auswertungen siehe Anlage 2)

Zu den Zielen des Programms:

Lokale Akteure berichten übereinstimmend, dass durch Sanierungen + Modernisierungen von Gebäuden, Wohnungen, Straßen + Plätzen, die physischen Wohn- und Lebensbedingungen sich durch MehrLiN verbessert haben. Durch Investitionen in Gewerbe-, Industrie- und Wohnbauten konnte auch die wirtschaftliche Basis im Stadtteil stabilisiert und/oder verbessert werden.

Zu den instrumentell-strategischen Handlungsfeldern:

1) Mit den Beteiligungsverfahren im Rahmen von MehrLiN konnten viele lokale Akteure aktiviert, am Entwicklungsprozess beteiligt und vernetzt werden. Einbezug/Beteiligung von Gewerbe und Industrie in Nordwest insbesondere des Einzelhandels gelang nur punktuell (z.B. Straßenfest, Praktikumsvermittlung). Hier wäre die Unterstützung der kommunalen städtischen Wirtschaftsförderung auf Stadtteilebene gefragt.

2) An Instrumenten wurden zur Evaluierung der Entwicklungsprozesse Sachstandsberichte und externe Gutachten eingesetzt und als Konsequenzen aus den Ergebnissen wurden Modifikationen an Beteiligungsstrukturen und Maßnahmen vorgenommen.

3) Die eingesetzten Instrumente für ein Monitoring sind wenig systematisch und nicht standardisiert. Konsequenzen wurden lediglich aus Erhebungen im Rahmen von Sachstandsberichten und externen Gutachten gezogen. Ein Monitoring der Stadtteilentwicklung sollte aufgebaut und auch nach der Programmlaufzeit weitergeführt werden.

Feststellungen zu inhaltlichen Handlungsfeldern:

1) Ideen oder Vorhaben zur intensiven Bearbeitung der inhaltlichen Handlungsfelder „Beschäftigung“ sowie „Qualifizierung und Ausbildung“ könnten noch vertieft werden.

2) Wie sich die Wertschöpfung in NW entwickelt hat, ist nicht bekannt, Indikatoren hierzu liegen nicht vor und werden bislang nicht erhoben.

3) Durch das Engagement von Wohnbaugenossenschaften sowie Maßnahmen, die eine „behutsame“ Aufwertung und Sanierung von Wohnraum fördern, kann im Handlungsfeld „Wohnungsmarkt und Wohnungsbewirtschaftung“ sicher gestellt werden, dass durch moderate Mietzinssteigerung, bei gleichzeitig deutlicher Nebenkostenersparnis, auch zukünftig preiswerter Wohnraum im Stadtteil zur Verfügung steht und die Verdrängung von Bevölkerungsteilen mit niedrigen Einkommen verhindert wird.

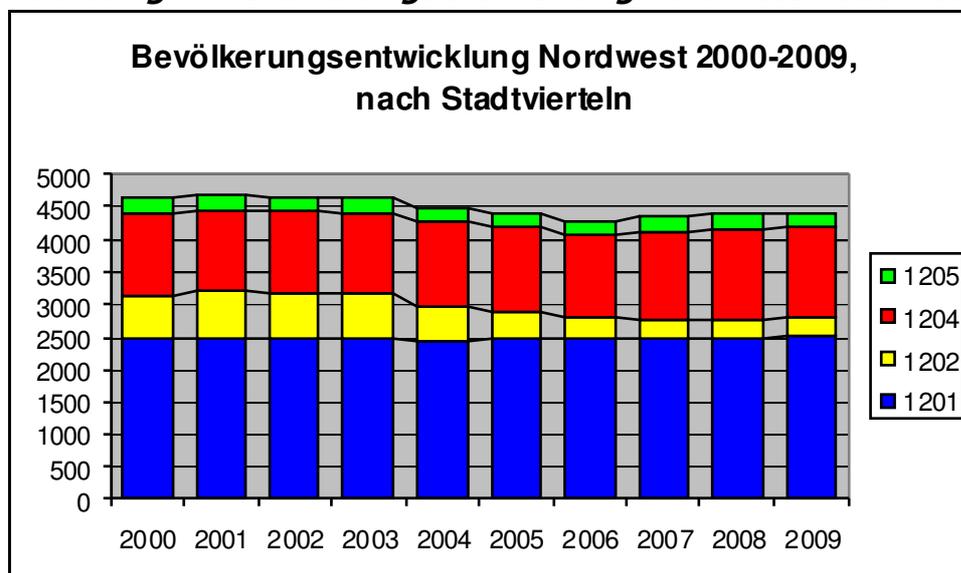
Demografische Entwicklung

Bevölkerungszahl

Die Wohnbevölkerung der Nordweststadt ist in den letzten 10 Jahren etwas kleiner geworden (von 4700 in 2001 auf 4426 in 2009). Nach einem Absinken auf 4300 EinwohnerInnen in 2006, stieg die Bevölkerungszahl in den darauffolgenden Jahren bis 2009 wieder auf 4426 Menschen leicht an.

Besonders in den kleinen Stadtvierteln sank die Bevölkerungszahl deutlich, so z.B. im Gewerbe-/Industriegebiet Nordwest (1202) von 647 auf 279; im Westen des Stadtteils (1205) von 250 auf 215 Menschen. Dagegen sind die bevölkerungsreichen Stadtviertel eher gewachsen, so z.B. im Zentrum Nordwest (1201) von 2472 auf 2518 oder im Süden der Nordweststadt (1204) von 1265 auf 1414 EinwohnerInnen. Im Vergleich zur Gesamtstadt bleibt damit die Nordweststadt im Wachstum der Bevölkerung (Anstieg der Bevölkerung Offenburgs in den letzten 10 Jahren um ca. 3%, gegenüber Schrumpfung in der Nordweststadt um fast 6 %) hinter der Gesamtstadt zurück.

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung Nordwest 2000-2009



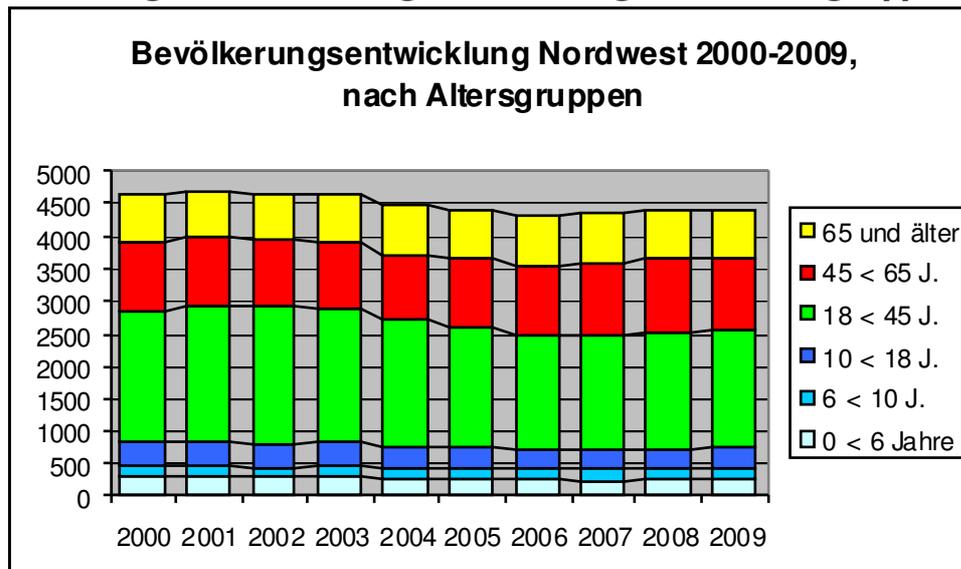
Quelle: Stadt Offenburg, FB 4; eigene Bearbeitung Becker 2011

Anmerkungen: 1201: NW-Zentrum; 1202: NW-Nord; 1203: NW-Ost, Bahnhofsgelände; 1204: NW-Süd; 1205: NW-West; Bevölkerung inklusive Flüchtlingswohnheim

Altersverteilung

Die Entwicklung der Altersverteilung zeigt eine Verringerung der Bevölkerungszahl aller Altersgruppen mit Ausnahme der 45- bis unter 65-Jährigen, die in den letzten 10 Jahren leicht angestiegen ist (von 1079 auf 1141 Menschen). Wie die Grafik zeigt, sind die Anteile der Altersgruppe der 18-45 Jährigen von 43% auf 41% leicht gesunken, während die Anteile der 45 bis unter 65 Jährigen von 23% auf 26% gestiegen. Die Anteile der anderen Altersgruppen sind in etwa gleich geblieben. Damit sind die Anteile der jüngsten Bevölkerung (unter 18 Jahre) sowie der ältesten Bevölkerung (65 und älter) mit ca. 17 % gleich stark.

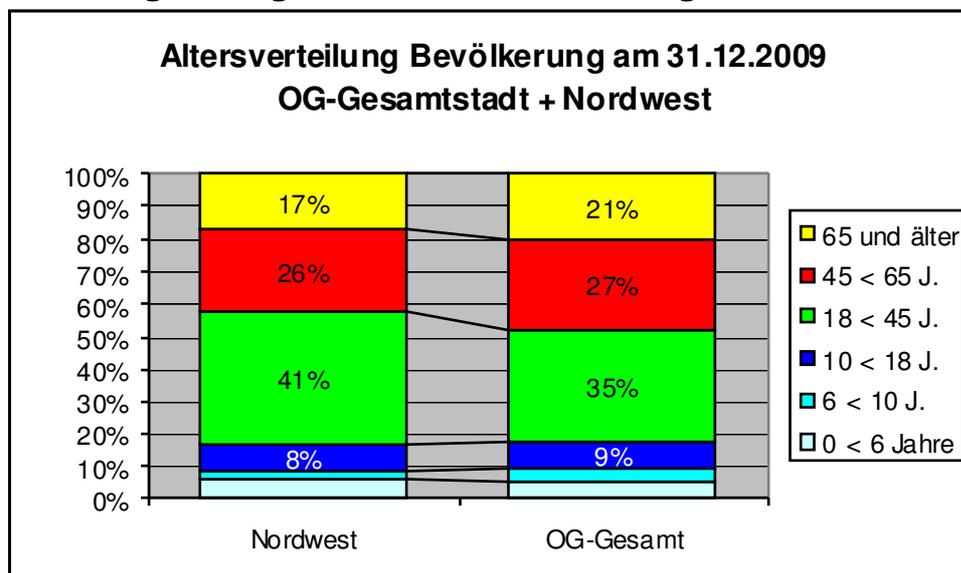
Abbildung 2: Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen



Quelle: Stadt Offenburg, FB 4; eigene Bearbeitung Becker 2011.
Anmerkung: Bevölkerung inklusive Flüchtlingswohnheim

Verglichen mit der Gesamtstadt Offenburg, wohnen damit in der Nordweststadt trotz leichter Abnahme in den letzten Jahren immer noch deutlich mehr junge Erwachsene (18 bis unter 45 Jahre: 41% in NW gegenüber 35% in OG) aber trotz leichter Zunahme innerhalb der letzten 10 Jahre, immer noch weniger ältere Menschen (mit 17% in NW gegenüber 21% in OG der 65-Jährigen und Äteren).

Abbildung 3: Vergleich der Altersverteilung Gesamtstadt und Nordwest

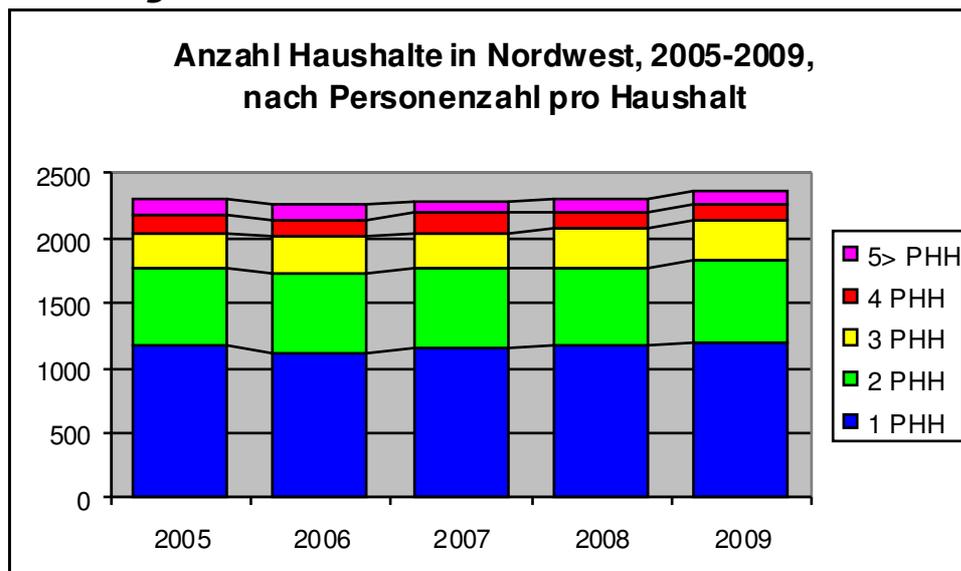


Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart 2010; Eigene Bearbeitung Becker 2011

Haushaltsformen

Die Gesamtzahl der Haushalte insbesondere die 1-3 PHH ist in den letzten 5 Jahren, genauer seit 2006 angestiegen, wobei die Zahl großer Haushalte, mit 5 und mehr Personen geringer geworden ist. Im Vergleich zur Gesamtstadt liegt in der Nordweststadt die durchschnittliche Haushaltsgröße mit 1,9 unter dem Durchschnitt von 2,1 Personen pro Haushalt.

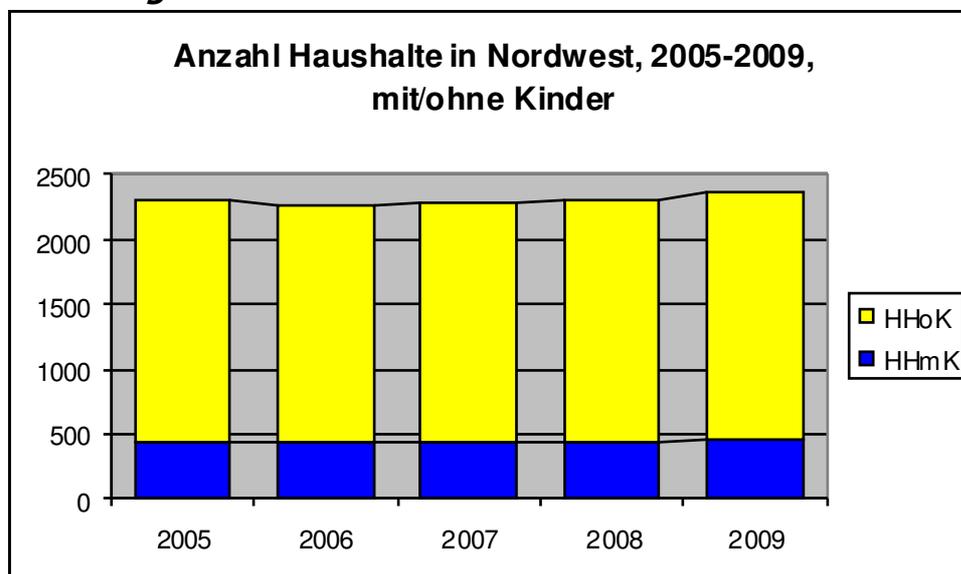
Abbildung 4: Haushalte nach Personenzahl in Nordwest 2000-2009



Quelle: Stadt OG FB 4; Eigene Bearbeitung Becker 2011
Anmerkungen: PHH, bedeutet Personen-Haushalt

Die Zahlen der Haushalte mit Kindern und ohne Kinder sind in den letzten 5 Jahren leicht angestiegen. Die Verteilung der Haushalte mit/ohne ist in den letzten 5 Jahren in etwa gleich geblieben (Haushalte ohne Kinder 80%, mit Kinder 20%), damit entspricht der Anteil von Kinderhaushalten in etwa dem Anteil der Kernstadtteile Offenburgs.

Abbildung 5: Kinderhaushalte in Nordwest 2005-2009

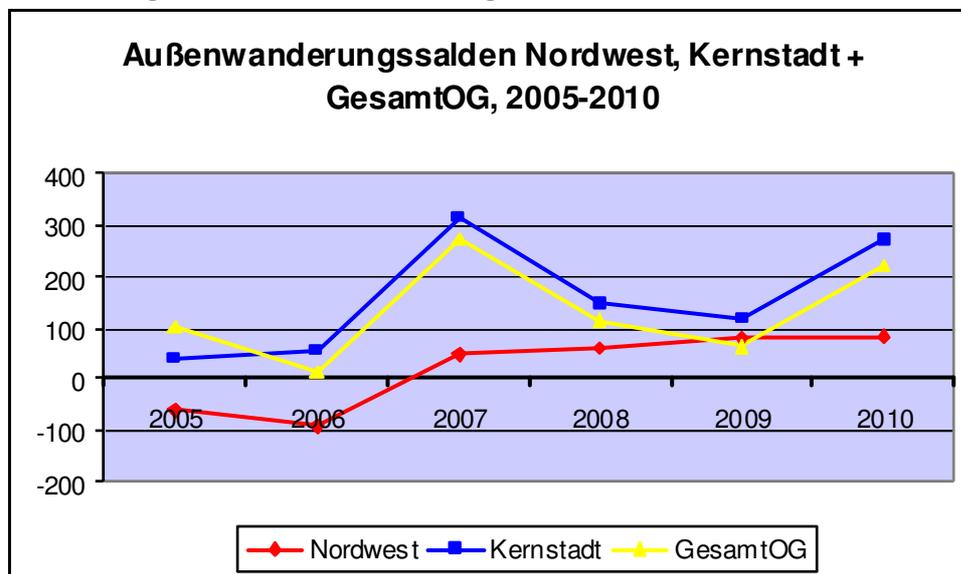


Quelle: Stadt OG FB 4; Eigene Bearbeitung Becker 2011
Anmerkungen: HHmK, bedeutet Haushalt mit Kindern

Wanderungsbewegungen

Die Auswertung der Umzüge von außerhalb Offenburgs sowie innerhalb Offenburgs in und aus der Nordweststadt, zeigen dass die Nordweststadt vom stärkeren Zuzug durch BürgerInnen von außerhalb Offenburgs profitiert (positiver Außenwanderungssaldo; siehe Abbildung 6) und dieser seit 2006 stetig steigt.

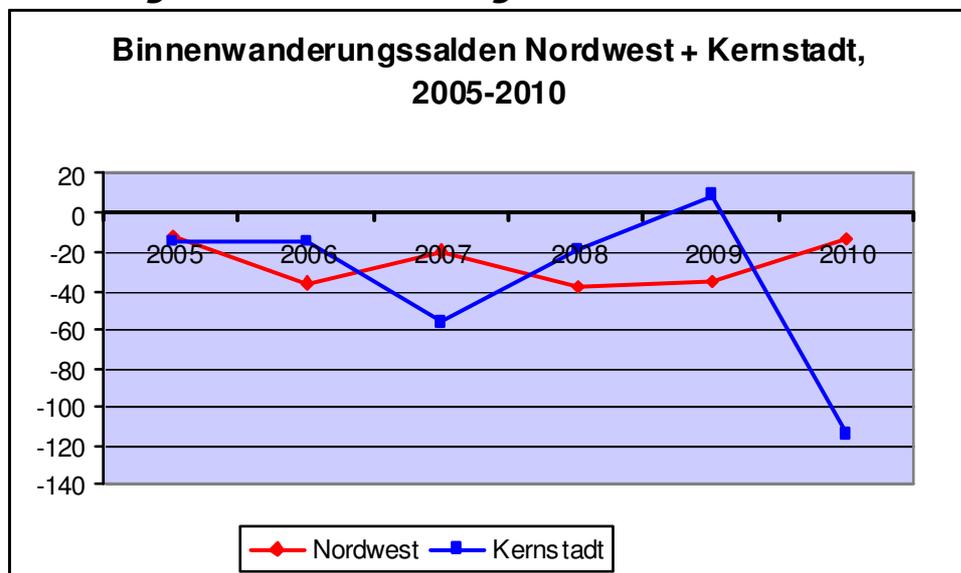
Abbildung 6: Außenwanderungssalden Nordwest, Kernstadt, OG-Gesamt



Quelle: Stadt Offenburg, FB 4; eigene Bearbeitung Becker 2011

Dagegen verliert die Nordweststadt durch Umzug in andere Stadtteile eher an Bevölkerung (negativer Binnenwanderungssaldo; vgl. Abb. 7).

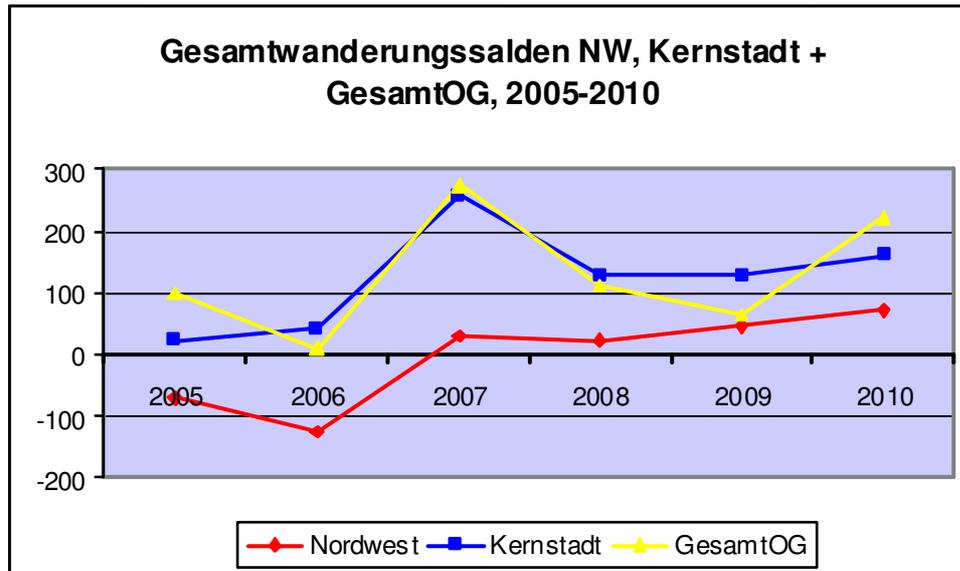
Abbildung 7: Binnenwanderungssalden Nordwest und Kernstadt



Quelle: Stadt Offenburg, FB 4; eigene Bearbeitung Becker 2011

Insgesamt ergeben die Zu- und Wegzüge einen positiven Wanderungssaldo, der dem leichten Bevölkerungswachstum seit 2006 (vgl. Abb.1) entspricht, auf eine Stabilisierung der Bevölkerungszahlen hinweist und möglicherweise in Verbindung mit der Wohnungsanierung und Wohnumfeldverbesserung durch MehrLiN in Verbindung gebracht werden kann.

Abbildung 8: Gesamtwanderungssalden Nordwest, Kernstadt, GesamtOG



Quelle: Stadt Offenburg, FB 4; eigene Bearbeitung Becker 2011

Zusammenfassung demografische Entwicklung:

Bevölkerungszahl: hat sich in den letzten 10 Jahren etwas verringert;
Tiefstand war 2006, seither leichter Anstieg.

Altersverteilung: mehr junge Erwachsene in Nordwest als in OG-gesamt
weniger alte Menschen in Nordwest als in OG-gesamt

Haushaltsformen: mehr Haushalte und kleinere Haushalte in NW als in OG

Kinder-Haushalte: in 80% der Haushalte leben keine Kinder
keine Auffälligkeiten gegen OG-gesamt

Wanderungssaldo: liegt seit 2006 im positiven Bereich, d.h. es ziehen mehr
Menschen in die Nordweststadt als von dort wegziehen.

Die demografischen Daten zeigen für die Nordweststadt eine Bevölkerungsstruktur, die nicht zwingend problematisch ist, sondern mit der leichten Bevölkerungszunahme der Mischung unterschiedlicher Altersgruppen und Nationalitäten sowie einem in den letzten Jahren positiven Wanderungssaldos eher gute Entwicklungsvoraussetzung für den Stadtteil.

Ob diese Voraussetzungen auch für die Sozialstruktur der Bevölkerung gelten kann, wird durch die folgenden Recherchen untersucht.

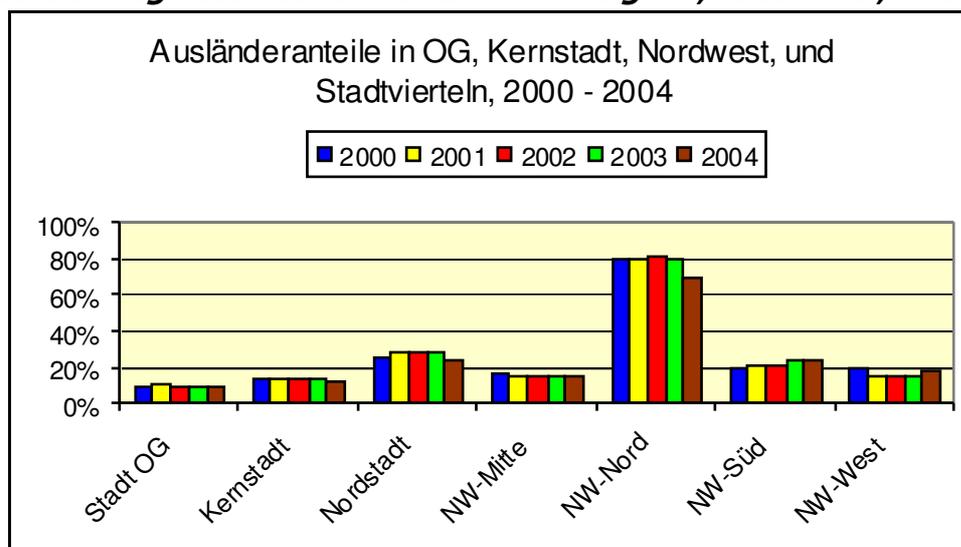
Weitere demografische und sozialstrukturelle Daten

für die Darstellung der Sozialstruktur wird im Folgenden teilweise auf Daten zurückgegriffen die im Rahmen eines LOS-Projektes im Jahre 2005 erhoben wurden und auf Grund der aufwändigen Ermittlungsarbeiten nicht aktualisiert werden konnten. (siehe LOS-Bedarfserhebung Becker/2005)

Ausländische Bevölkerung

Weil in Deutschland die gesellschaftliche Teilhabe bei BürgerInnen ausländischer Herkunft aus unterschiedlichen Gründen teilweise prekär ist und sich daraus auch für einen Stadtteil eine besondere Herausforderung in Sachen Integration ergibt, werden im Folgenden auch die Anteile ausländischer Bevölkerung analysiert und dargestellt. Die Anteile ausländischer Bevölkerung liegen in der Nordweststadt in allen Stadtvierteln über dem Anteil in der Gesamtstadt, der Kernstadt. Die hohen %-Werte im Stadtviertel Nord gehen auf die Zahlen der in der Sammelunterkunft für Flüchtlinge untergebrachten Menschen zurück und verändern sich mit deren Belegungszahlen.

Abbildung 9: Ausländische Bevölkerung OG, Kernstadt, Nordwest 2000-04



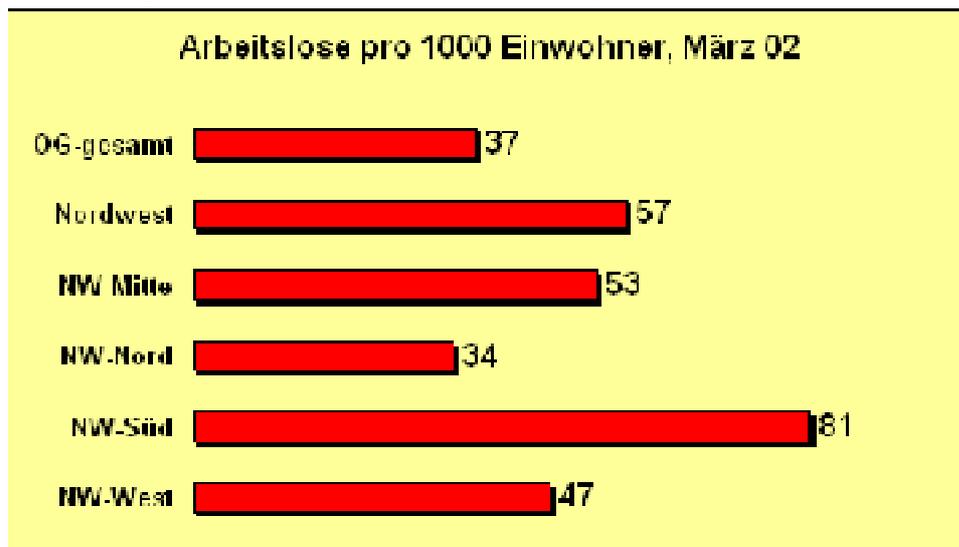
Quelle. Statistisches Landesamt Stuttgart 2005 (eigene Bearbeitung Becker 2005)

Die größte Gruppe von ausländischen Bewohnern der Nordweststadt bildeten die Herkunftsländer des ehemaligen Jugoslawien, vor der Bevölkerungsgruppe aus der Türkei, die in der Gesamtstadt und in der Kernstadt die größte Migrantengruppe stellen.

Im Folgenden werden einige Armutsindikatoren beschrieben, die einen Eindruck über die Sozialstruktur in der Nordweststadt vermitteln soll.

Dabei werden zunächst Anteile von Arbeitslosen Menschen sowie Menschen im Sozialhilfebezug für das Jahr 2002 dargestellt, um anschließend für die Jahre 2005 bis 2010 den Anteil von Einwohnern der Nordweststadt im ALG II-Bezug, mit Berechtigungsschein für die „Offenburger Tafel“ sowie der Inhaber eines „Familienpass“ der Stadt Offenburg zu zeigen.

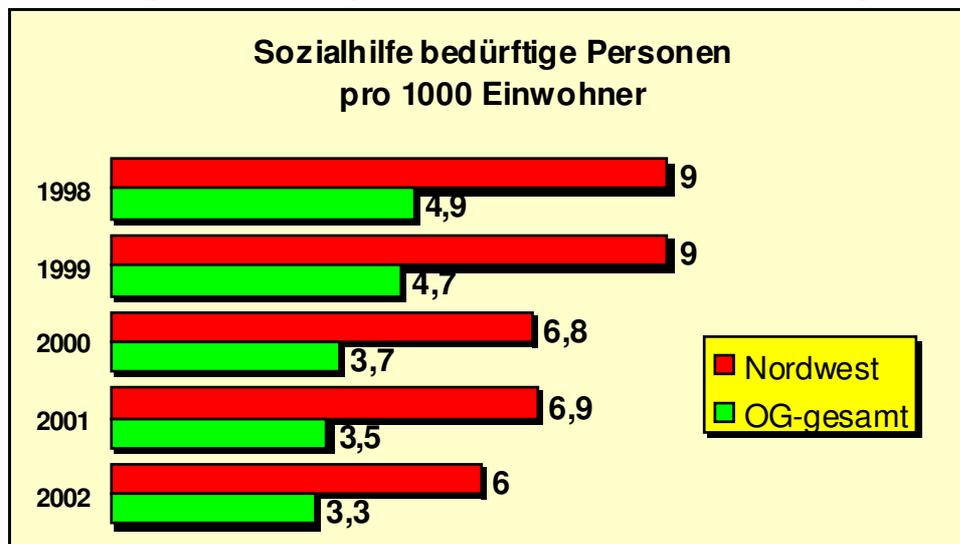
Abbildung 10: Arbeitslose Menschen pro 1000 Einwohner 2002



Quelle: Stadt Offenburg, Klaus Maciol 2002; Eigene Bearbeitung Becker 2005

In Nordwest lebten 2002 relativ zur Bevölkerungszahl mehr Arbeitslose als in der Gesamtstadt. Insbesondere im zweitgrößten Stadtviertel NW-Süd (1204) lebten doppelt so viele Arbeitslose wie in Offenburg gesamt. Im größten Stadtteil NW-Mitte liegt der Arbeitslosenanteil um 50% höher als in der Gesamtstadt.

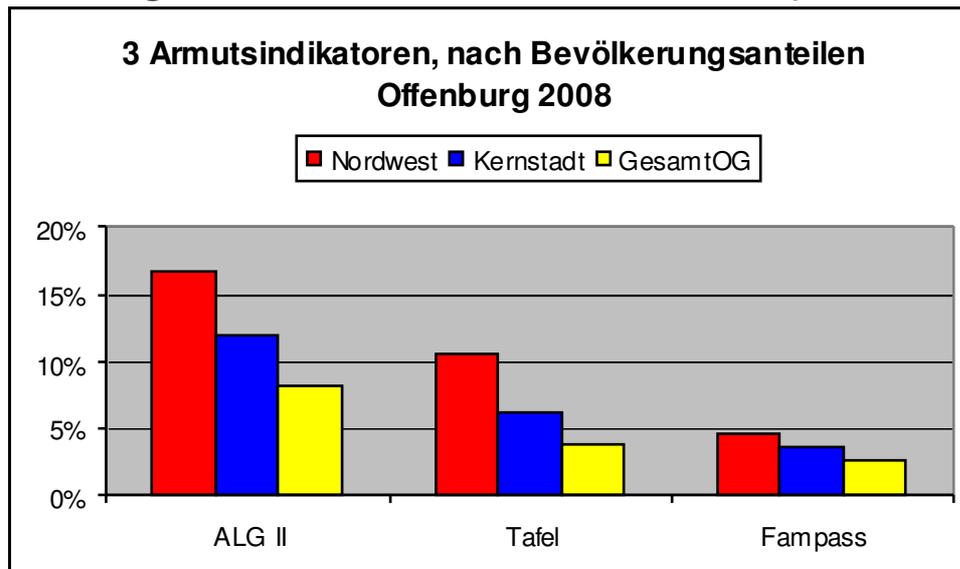
Abbildung 11: Armut gemessen in Sozialhilfebedürftigkeit 1998-2002



Quelle: Landratsamt Ortenaukreis 2002; Eigene Bearbeitung Becker 2005

Die Anzahl von Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) erhielten, hat sich, bezogen auf die Bevölkerungszahl im Zeitraum 1998 bis 2002, in Nordwest ebenso verringert wie in OG-gesamt, jedoch auf fast doppelt so hohem Niveau.

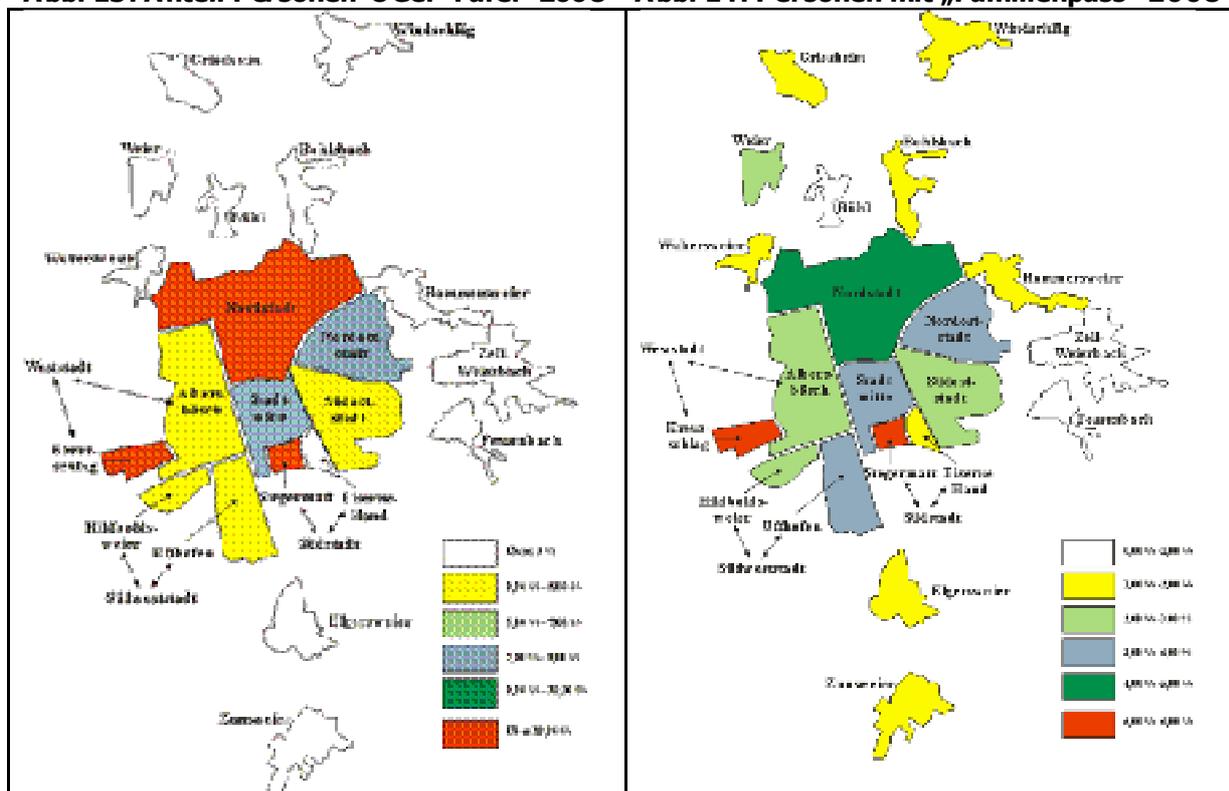
Abbildung 12: 3 Armutsindikatoren für Nordwest, Kernstadt und OG



Quelle: Stadt Offenburg „interner Armutsbericht Abt.9.3“; Eigene Bearbeitung Becker 2011
 Anmerkungen: die Angaben für den ALG II-Bezug beziehen sich auf Personenzahl von ALG II-EmpfängerInnen pro 100 Einwohner (also nicht die ALG-Quote, die sich auf die Anzahl der erwerbsfähigen Bevölkerung bezieht). „Tafel“ bedeutet, die Anteile von Personen mit Berechtigungsschein für die OGer Tafel, bezogen auf die Bevölkerungszahl. „Fampass“ bedeutet, die Anteile von Personen mit Familienpass (aller Stufen 1-3), bezogen auf die Bevölkerungszahl.

Die neueren Datenauswertungen für 2008 zeigen anhand dreier Armutsindikatoren (Anteil von Einwohnern der Nordweststadt im ALG II-Bezug, mit Berechtigungsschein für die „Offenburger Tafel“ sowie der Inhaber eines „Familienpass“ der Stadt Offenburg) für alle drei Indikatoren eine erhöhte Quote für die Nordweststadt.

Abb. 13: Anteil Personen „OGer-Tafel“ 2008 **Abb. 14: Personen mit „Familienpass“ 2008**



Quelle: Stadt Offenburg „interner Armutsbericht Abt.9.3“; Eigene Bearbeitung Becker 2011

Zusammenfassung der Sozialindikatoren:

Die vergleichsweise hohen Anteile an BewohnerInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in der Nordweststadt sind ein Hinweis auf erhöhte Integrationsleistungen die der Stadtteil, bzw. seine Bevölkerung zusammen mit den lokalen Akteuren zu erbringen haben.

Sowohl die die älteren Daten zum Sozialhilfe- und Arbeitslosengeldbezug (Abb. 10+11) als auch die neueren Zahlen zu den aufgeführten Armutsindikatoren (Abb. 12-14) zeigen eine erhöhte Konzentration von Armutsbevölkerung in der Nordweststadt.

Übergänge von Grundschule in weiterführende Schulen

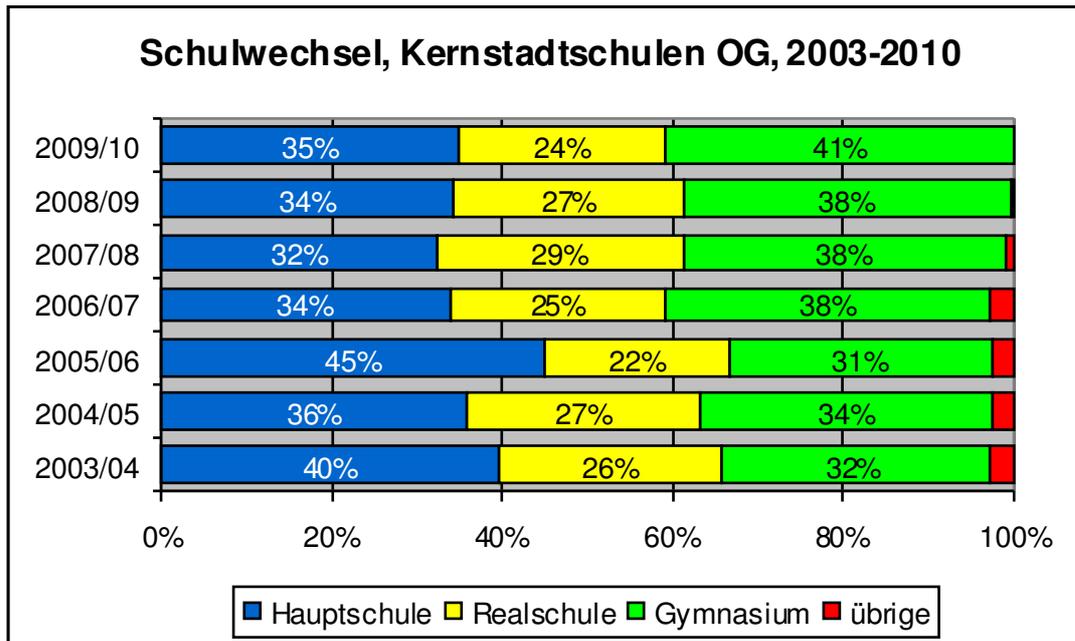
Die Schulstatistik der Stadt Offenburg zeigt für die Übergänge von der Grundschule in die weiterführenden Schulen eine deutliche Auffälligkeit für die Nordweststadtschule Astrid-Lindgren-Schule im Vergleich zu allen Kernstadtschulen, im Bereich der Übergänge in die Hauptschule, die im Jahresmittel seit 2003 für die Astrid-Lindgren-Schule bei 52% (Kernstadtschulen bei 37%) liegt, während die Übergänge in ein Gymnasium in der Astrid-Lindgren-Schule bei 21 % (Kernstadtschulen bei 36%) liegt.

In den Schuljahren seit 2003 hat sich diese Verteilung recht konstant verhalten. Dies bedeutet, dass die SchülerInnen der Grundschule Astrid-Lindgren-Schule entweder deutlich schlechtere Bildungserfolge erzielen als SchülerInnen anderer Kernstadtschulen oder/und dass die Zusammensetzung der SchülerInnen dieser Schule Folge einer gewissen sozialen bzw. bildungsbezogenen Segregation sein könnte.

Um die Schul- und Bildungssituation genauer zu analysieren, wären weiterhin die Schulabgängeranteile danach zu untersuchen, wie groß die Anteile von HauptschulabbrecherInnen, von AbsolventInnen mit Hauptschulabschluss und AbsolventInnen mit anschließendem Ausbildungsplatz, Arbeitsplatz oder Übergang in berufsvorbereitende Maßnahmen sind.

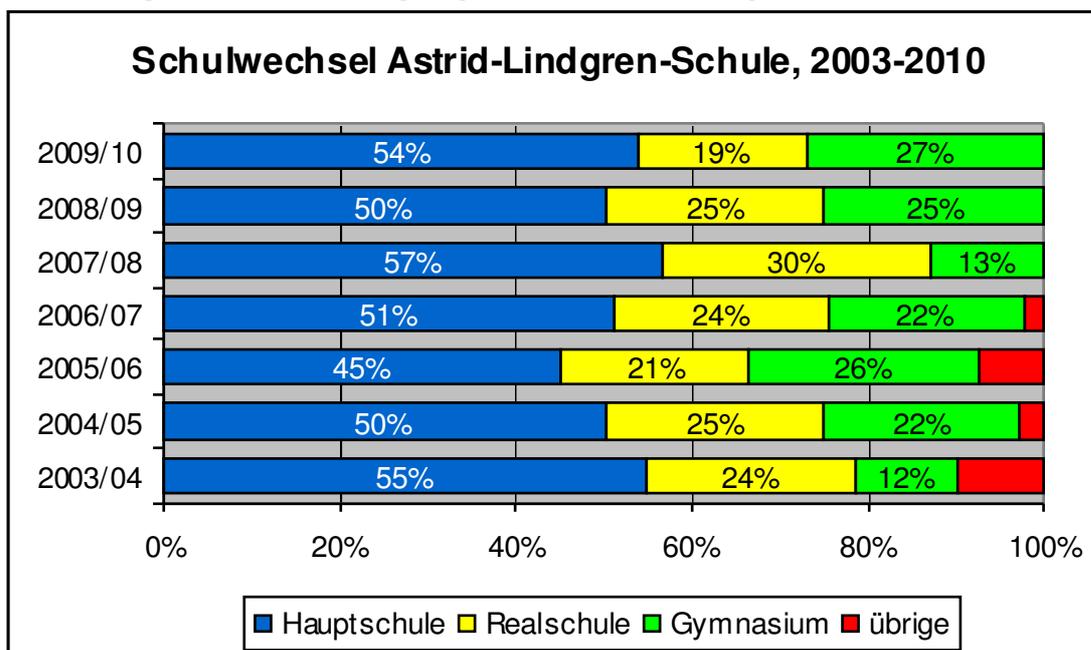
Eine in Bezug auf die relativ hohen Anteile an Bevölkerung ausländischer Staatsbürgerschaft und möglicher noch höheren Anteilen an Bevölkerung mit Migrationshintergrund, interessante Fragestellung nach Schulbezirkswechseln vor Einschulung bzw. Anmeldungen von Schulanfängern aus der Nordweststadt an anderen als der Astrid-Lindgren-Schule. Relevant wird diese Frage im Hinblick auf die oben bereits angesprochene Tendenz auf bildungsbezogene Segregation, die sich an den Schulübergangsanteilen abzeichnet.

Abbildung 15: Schulübergänge in OGER Kernstadtschulen 2003-2010



Quelle. Stadt Offenburg, Abteilung Schule und Sport; Bearbeitung Becker 2011

Abbildung 16: Schulübergänge der Astrid-Lindgren-Schule 2003-2010



Quelle. Stadt Offenburg, Abteilung Schule und Sport; Bearbeitung Becker 2011

Stadtteilkonferenz; thematische Auswertung

Themenhäufigkeit

In den Stadtteilkonferenzen der letzten 10 Jahre wurden Themen aus Kultur und Soziales (mit durchschnittlich 3,5 Themen pro Konferenz) am häufigsten, gefolgt von Bauen und Verkehr (2,2 Themen pro Konferenz), Sicherheit (1,0), Sauberkeit (0,5), und Bildung (0,4). Am wenigsten wurden Themen der lokalen Ökonomie (0,2) behandelt.

Themenänderung über die Jahre

Kultur + Soziales sowie Bauen und Verkehr war durchgängiges Thema. Sicherheit war durchgängig mit Unterbrechung von Mitte 2004 bis Mitte 2006 ein Thema der Stadtteilkonferenz.

Sauberkeit war durchgängig bis Mitte 2008 ein Thema.

Bildung war vorwiegend 2003 und Ende 2008-2010 ein Thema.

Ökonomie war schwerpunktmäßig 2003 und Ende 2006-2008 ein Thema.

Themenschwerpunkte

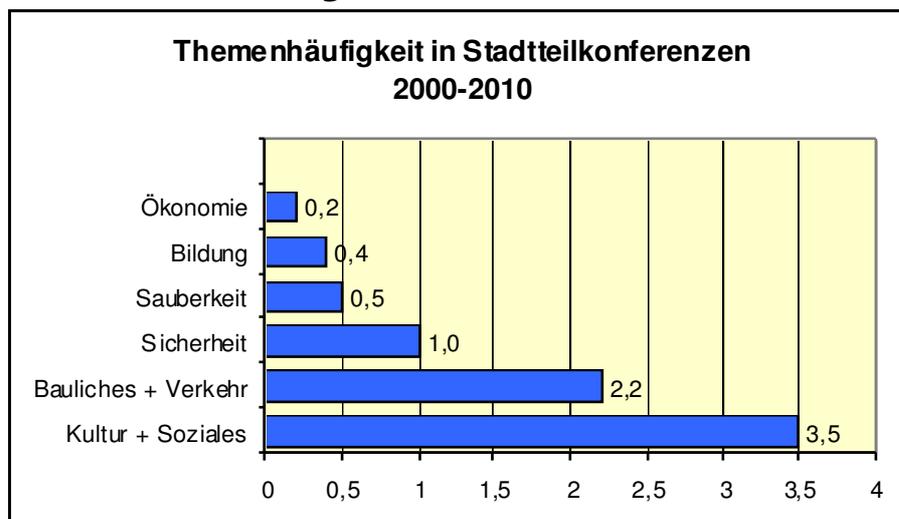
Soziale Themen betrafen zu Beginn eher die soziale Infrastruktur, Veranstaltungen, Vernetzungs- und Beteiligungsformen, später dann Projekte, Zielgruppen und durchgängig die Begleitung des integrierten Stadtteilentwicklungsprozesses.

Bauen + Verkehr betrafen vorwiegend Sanierungs- und Baumaßnahmen, Aufwertungen des öffentlichen Raums sowie Beseitigung von Verkehrsbelastungen. Sicherheit und Sauberkeit bezog sich auf öffentliche Flächen wie Schulzentrum und Franz-Volk-Park, Beeinträchtigung der Sicherheit durch Verkehr sowie die Drogensituation im Stadtteil.

Bildungsthemen waren die Entwicklung von Fördervereinen, Schulkonzepte wie Ganztagschule und Werkrealschule sowie die Beteiligung von Lehrer- und Elternschaft.

An lokaler Ökonomie waren vorwiegend die Schließung von Apotheke, Post und Sparkasse Thema.

Abb. 17: Auswertung Stadtteilkonferenz Nordweststadt OG 2000-2010



Quelle: Protokolle der angegebenen Jahre; eigene Erhebungen Becker 2011

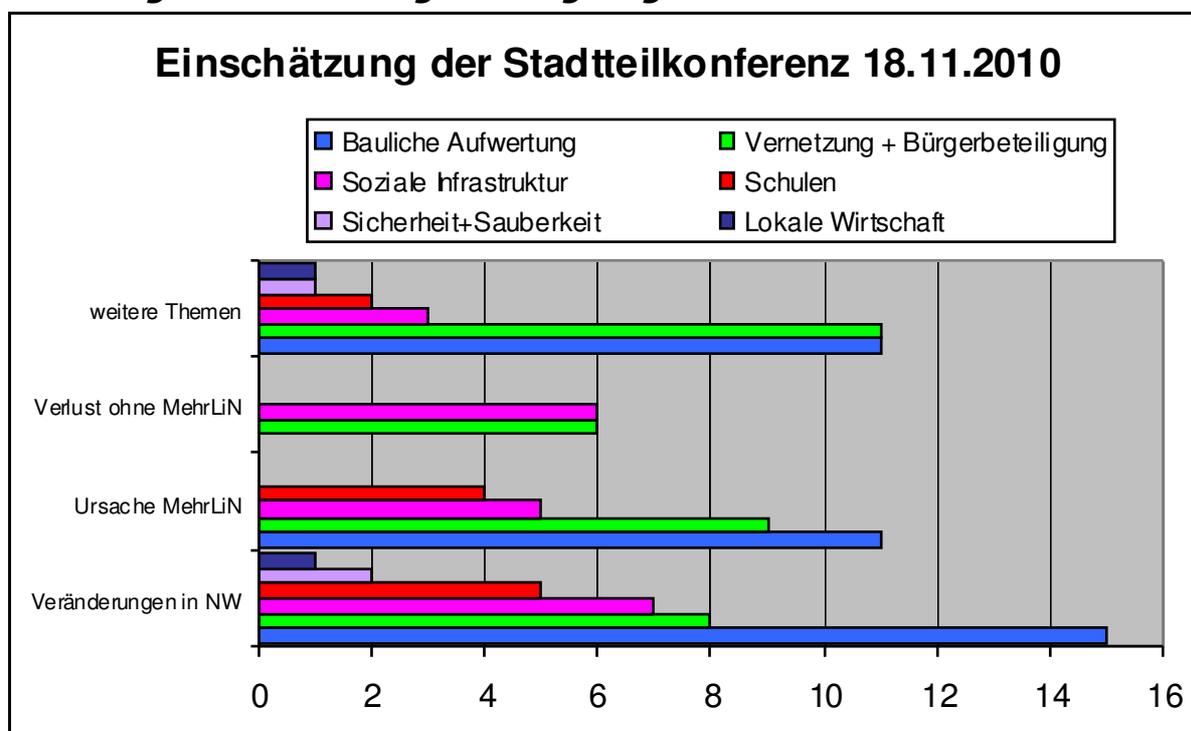
Kurzfragebogen an TeilnehmerInnen der Stadtteilkonferenz vom 18.11.10 Zusammenfassung Ergebnisse

Die kleine Umfrage zeigt, dass nach Einschätzung der TeilnehmerInnen der Stadtteilkonferenz vom 18.11.2010 bauliche Aufwertungen, die Vernetzung und Beteiligung von Organisationen und BürgerInnen sowie die soziale Infrastruktur die wichtigsten Veränderungen der letzten 10 Jahre in der Nordweststadt darstellen. Beide Themenkomplexe „Bauliche Aufwertung“ und „Vernetzung und Beteiligung von Organisationen und BürgerInnen“ seien auf den MehrLiN-Prozess zurück zu führen. Wenn es MehrLiN nicht mehr gibt, würden Impulse für „Vernetzung und Beteiligung von Organisationen und BürgerInnen“ und die „Soziale Infrastruktur“ am meisten fehlen.

Weitere Themen und ungelöste Probleme werden hauptsächlich in den Themenkomplexen „Bauliche Aufwertung“ und „Vernetzung und Beteiligung von Organisationen und BürgerInnen“ gesehen.

(Genauere Angaben, siehe Anlage 3)

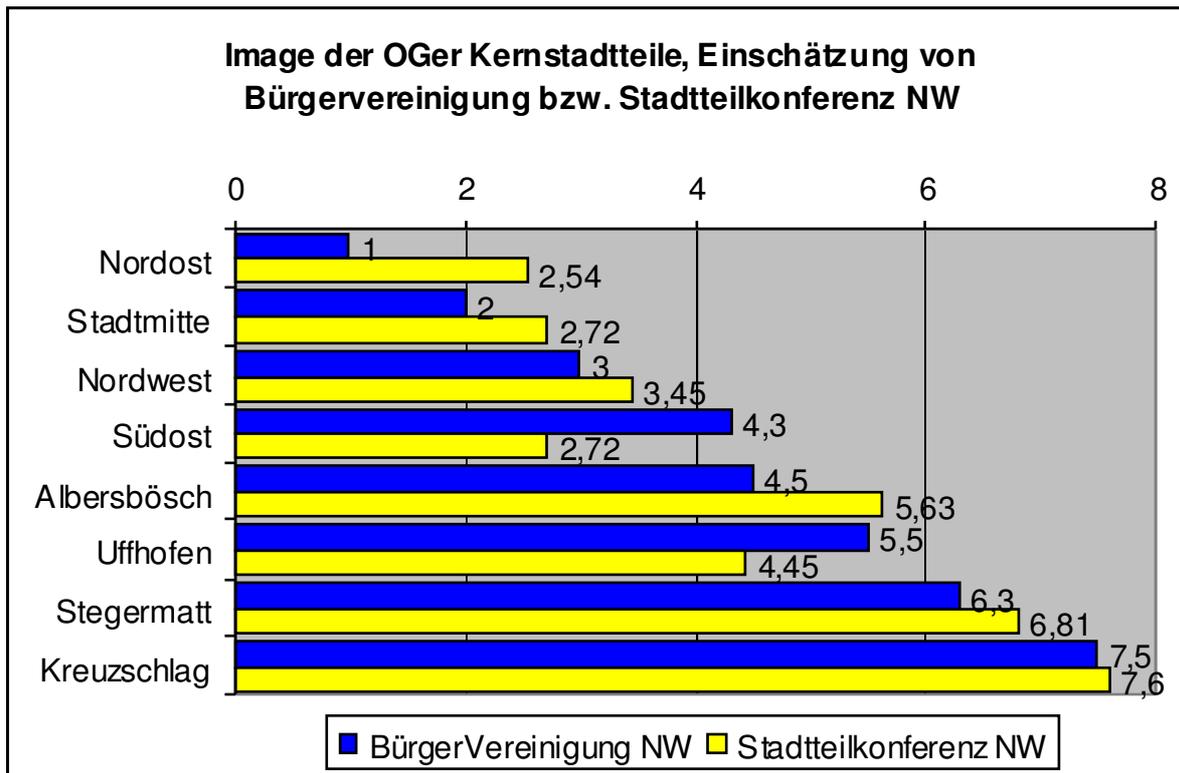
Abbildung 18: Auswertung Kurzfragebogen Stadtteilkonferenz 18.11.2010



Quelle: Auswertung Leitfragebogen in Stadtteilkonferenz vom 18.11.2010

Anmerkungen: Die Zahlen bedeuten die Anzahl von Nennungen zu den jeweiligen Themenkomplexen.

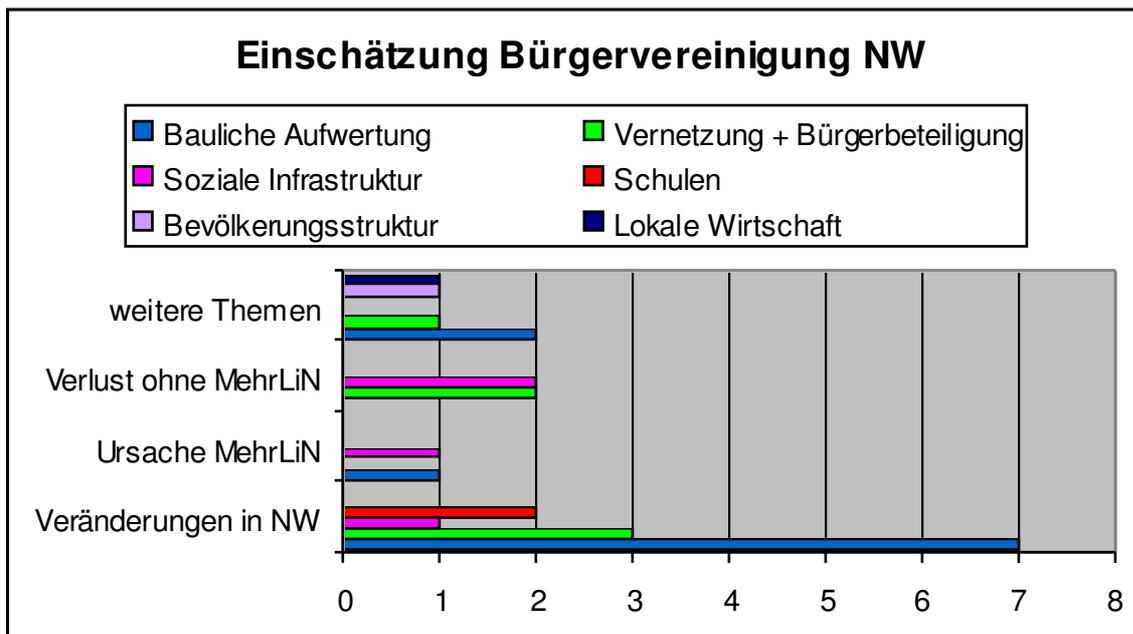
Abbildung 19: Imageeinschätzung der Vorstände der Bürgervereinigung und der Stadtteilkonferenz im Vergleich aller Offenburger Stadtteile



Quelle: Auswertung Leitfragebogen in Stadtteilkonferenz vom 18.11.2010 und Vorstand Bürgervereinigung vom 25.10.2010

Thematische Auswertung Gruppendiskussion mit dem Vorstand des Bürgervereinigung Nordwest vom 25.10.2010

Abbildung 20: Einschätzung der Vorstände der Bürgervereinigung zu Themen im Stadtteil



Quelle: Auswertung Leitfragebogen und Gruppendiskussion mit Vorstand Bürgervereinigung vom 25.10.2010

Ergebnisse Aktiventreff „Worldcafé“ mit ehrenamtlichen Akteuren

Datum: Do., 27.01.2011, 18-21 Uhr; SFZaM; 7 TeilnehmerInnen: 4 Frauen, 3 Männer; generationsgemischt mit 2 älteren, einem sehr jungen und vier BürgerInnen mittleren Alters.

Thema:

Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, BürgerInnen und Organisationen in Nordwest

Fragestellung:

„**Was** müsste/sollte in Zukunft noch verbessert werden?

Wie könnte dies verbessert werden?

Wer könnte dafür etwas tun?

Antworten/Ergebnisse:

- **Städtische Vertreter** wie Herren Kothmeier Winkels und Kunz sind präsent und ansprechbar; Kontakt besser als zu FB 9.3.
- Aktion **MehrLiN** in Bezug auf Prozess, Inhalt und Name ist gut und brachte eine „Explosion“ der Stadtteilentwicklung.
- der **mediale Informationsfluss** im Stadtteil ist noch nicht gut; Offenblatt mehr nutzen, Presserwart für den Stadtteil finden/einsetzen, „Nordweststädtler“ erweitern und aktueller machen.
- **SFZ** sollte externe Infos aufnehmen 1x/Monat „Aktuelles aus dem Stadtteil“ per Flyer an alle Haushalte, zu den Menschen bringen.
- **Bürgervereinigung** sollte mehr Kontakt zu ihren Mitgliedern pflegen und mehr in die Öffentlichkeit gehen; Mitgliederwerbung, den „Nordweststädtler“ attraktiver gestalten, bei politischen Themen/Wünschen unterstützen.
- **Gemeinderäte** aus dem Stadtteil und andere Gemeinderäte sollten sich um die Situation der Treffpunkte an der Tankstelle + Lidl FR-Straße annehmen und für mehr Kontrolle und Hilfe für die Wohnungslosen und Suchtkranken Menschen sorgen.
- **Bürgerwünsche** ernst nehmen, ergebnisoffene Gespräche führen, die BürgerInnen weiterhin an der Entwicklungen des Stadtteiles beteiligen und Erfolge rückmelden.
- **Stelle Gemeinwesenarbeit** vor Ort, im SFZ in freier Trägerschaft, erhalten; Koordinator zwischen Stadt, BürgerInnen, Vereinen und Projekten unbedingt erforderlich.

Thema:

Geschäfte und Dienstleistungen in Nordwest

Fragestellung:

„**Was** müsste/sollte in Zukunft noch verbessert werden?“

„**Wie** könnte dies verbessert werden?“

„**Wer** könnte dafür etwas tun?“

Antworten/Ergebnisse:

- - **Brachgelände** (ehemalige Waldorffschule und ehem. Minimal) „entwickeln“, durch Gespräche der Stadt über mögliche Nutzung mit InvestorInnen und AnwohnerInnen;
- - **Metzgerei Link** zeigt Service- und Qualitätsmängel (lange Warteschlangen); Inhaber und Personal ansprechen.
- - **Ghs. Windeck** Umbau besser Aussehen/Ambiente schaffen; durch finanzielle Unterstützung für die Fassadengestaltung; Beratung durch Stadtverwaltung, Fachleute und örtliche Firmen (Unterstützung bei Sanierung durch örtliche Handwerksbetriebe).
- - **Obst- und Gemüseladen** verzeichnet Umsatzrückgänge; mehr Werbung für dieses Lebensmittelgeschäft im Stadtteil, Verbesserung der Sauberkeit und Ordnung durch die Inhaber; mehr Kooperation zwischen SFZ, Stadt und Regina Wolf mit den Inhabern.
- - **Café Rieger** hat zu kurze Öffnungszeiten (Sa.+So.-Nachmittags geschlossen); Gespräche mit Eigentümern führen durch Stadtverwaltung; BewohnerInnen der NW-Stadt sollten das Angebot annehmen.
- - Bei **Kaufland** fehlt ein Glascontainer.
- - **Gastronomie** bietet zu wenig Vielfalt, es fehlt ein gutes Restaurant.
- - **Apotheke** im Stadtteil fehlt; könnte am Bahnhof entstehen.
- - „**Pillemobil**“ ist eine gute Dienstleistung.
- - **Besuchsdienst** von St. Fidelis ist eine gute Dienstleistung.

Thema:

Gebäude und Straßen in Nordwest

Fragestellung:

„**Was** müsste/sollte in Zukunft noch verbessert werden?“

„**Wie** könnte dies verbessert werden?“

„**Wer** könnte dafür etwas tun?“

Antworten/Ergebnisse:

- **individuelle Förderung von Sanierungsmaßnahmen**, keine Einzelanträge (Heizung oder Dämmung oder Dachsanierung oder Kellersanierung oder Fenstersanierung), nur Komplettförderungen mit mindestens 3 Sanierungsmaßnahmen möglich, ist aber manchen Eigentümern zu teuer; neues Konzept der Stadt würde auch vermögensschwachen Eigentümern schrittweise Sanierung ermöglichen.
- **gemeinsame Begehungen** von Straßenzügen, mit Eigentümern, BewohnerInnen und Bürgerverein.
- **Lob an Herrn Kassel**, für seine transparent und zuverlässige Arbeit am Beispiel Gehweg in der Vogesenstraße und Vorfahrtsregelung am Ochsensteg.
- **Abgang Hoher Rain**, ist für Menschen mit Rollator, Rollstuhl, Kinderwagen, Kleinkindfahrräder zu steil und gefährlich; sollte mit höchster Priorität geändert werden.
- **Kurzzeitparkplätze an der Straßburger Straße** schaffen, für Erledigungen in dortigen Geschäften.
- **Bezahlbare Mietwohnungen** erhalten und schaffen; Wohnungen der Baugenossenschaften verbessern (Heizungen und Balkone).
- **Bahnhofsumfeld** verbessern; Güterstraße sanieren, Bahnwohnungen Okenstraße erhalten und Gärten nicht verwildern lassen.
- **Weitere Stadtteilentwicklung**: Gesamtkonzept für Gebäude und Straßen in Nordwest entwickeln; Informieren über Planungen; Zeitplan vorlegen und alles in Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Bevölkerung besprechen; Klären wie der MehrLiN-Prozess weiter gehen soll, denn es gibt noch viel zu tun.

Ergebnisse Aktiventreff „Worldcafé“ mit hauptamtlichen Akteuren

Datum: Mi., 09.02.2011, 9-12 Uhr; SFZaM; 7 TeilnehmerInnen: 3 Frauen, 4 Männer; aus den Arbeitsfeldern Behindertenhilfe (Lebenshilfe OG), Wohnungslosenhilfe (St. Ursulaheim), Schulsozialarbeit (sms), Allgemeine Sozialarbeit (Caritas), Hilfen für psychisch kranke Menschen (Diakonie).

Thema:

Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, BürgerInnen und Organisationen in Nordwest

Fragestellung:

„**Was** müsste/sollte in Zukunft noch verbessert werden?“

„**Wie** könnte dies verbessert werden?“

„**Wer** könnte dafür etwas tun?“

Antworten/Ergebnisse:

- **Bürgerbeteiligung erweitern**, durch Schaffung einer Vertretungsform (z.B. „Stadtteilparlaments“) für die BürgerInnen
- **Fazit des MehrLiN-Prozesses** ziehen und mit BürgerInnen **Prioritäten bilden für weitere Entwicklungsziele** dazu Konsequenzen aufzeigen, die mit dem Auslaufen des Programms Soziale Stadt verbunden sind
- **Image- und Öffentlichkeitsarbeit** im/für den Stadtteil verstärken
- **Schulzentrum stärker in Stadtteilgeschehen integrieren**

Thema:

Nachbarschaften und Integration in Nordwest

Fragestellung:

„**Was** müsste/sollte in Zukunft noch verbessert werden?“

„**Wie** könnte dies verbessert werden?“

„**Wer** könnte dafür etwas tun?“

Antworten/Ergebnisse:

- **Integration** verstehen als Einbezug (**Inklusion**) aller benachteiligten Bevölkerungsteile (Behinderung, Krankheit, Fremdheit, Alter, Geschlecht, Einkommen/Vermögen, Bildung, Lebensform etc.)
- **Integrationsgrad** wissenschaftlich untersuchen
- **intergenerationelles Lernen** durch Begegnung von jung und alt im öffentlichen Raum fördern
- **Nachbarschaften pflegen+stärken** durch Nutzung von öffentlichem Raum wie Straßen, Plätze und Freiflächen
- **bezahlbaren Wohnraum** erhalten (Sanierungen) und schaffen (Neubau)

Thema:

Soziales und Kultur in Nordwest

Fragestellung:

„**Was** müsste/sollte in Zukunft noch verbessert werden?“

„**Wie** könnte dies verbessert werden?“

„**Wer** könnte dafür etwas tun?“

Antworten/Ergebnisse:

- **weites Verständnis von Kultur leben**, nicht nur „Hochkultur“, professionelles Kulturschaffen, sondern auch „Alltagskultur“
- **BürgerInnenbeteiligung** auch in kulturellen Angelegenheiten
- **Kultur im Stadtteil fördern** durch kulturelle Betätigung im öffentlichen Raum, Vernetzung verschiedener Kulturträger, finanzielle Förderung
- **Nachbarschaftshilfe** und nachbarschaftliche Dienstleistungen auf/ausbauen
- **Soziales** durch und über Kulturelles fördern

Thema:

Bildung und Qualifizierung in Nordwest

Fragestellung:

„**Was** müsste/sollte in Zukunft noch verbessert werden?“

„**Wie** könnte dies verbessert werden?“

„**Wer** könnte dafür etwas tun?“

Antworten/Ergebnisse:

- **schulübergreifende Bildung** durch Vernetzung der Schulen in Nordwest unter Beteiligung von Schulleitern, Lehrern und SMS
- **Kooperation frühe Hilfen** durch Beteiligung von Landratsamt, Ärzteschaft, Kitas und Beratungsstellen
- **Bildung für Randgruppen** und niedrigschwellige Bildungsangebote
- **Qualifizierung von BürgerInnen als Akteure im Stadtteil und Kommunalpolitik** zur Engagementförderung mit Begleitung bei Übernahme von verantwortlichen Tätigkeiten und Bildungsangeboten für Vereine
- **Initiative für Kultur + Bildung im Stadtteil** gründen aus BürgerInnen und lokalen Akteuren
- **Stadtteiletat für Kultur + Bildung** zur finanziellen Förderung der Initiative und deren Aktivitäten

Stand 11.02.2011

Anlage 1 „Leipzig-Charta“ der EU

„Leipzig Charta“ der EU

für eine nachhaltige europäische Stadtentwicklung im Mai 2007 verabschiedet.

Darin wird die gewachsene europäische Stadt (jeder Größe) als wertvolles und unersetzbares Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgut angesehen, das es zu schützen, zu stärken und weiter zu entwickeln gilt.

Mit einer Nachhaltigkeitsstrategie sollen

- wirtschaftliche Prosperität
- sozialer Ausgleich und
- gesunde Umwelt

bewirkt werden.

Empfehlungen der „Leipzig Charta“:	
<i>Integrierte Stadtentwicklungs-politik</i>	<p>...durch Koordination der sektoralen Politikfelder für mehr Verantwortungsbewusstsein sorgen:</p> <ul style="list-style-type: none">• Bestandsanalyse von Stärken und Schwächen der Stadt und aller ihrer Stadtteile,• Entwicklung einer Vision sowie beständiger Entwicklungsziele für das gesamte Stadtgebiet,• Abstimmung teilräumlicher, sektoraler Pläne und politischer Maßnahmen sowie die Sicherung einer ausgeglichenen Entwicklung des Stadtraumes in Bezug auf die geplanten Investitionen;• Koordination und Moderation innerhalb der Stadtverwaltung sowie zwischen allen lokalen Akteuren auf Gesamtstadt- und Stadtteilebene,• Koordination auf lokaler und stadtreionaler Ebene unter Einbezug der BürgerInnen und anderer Beteiligter,
<i>Handlungs-strategien</i>	<p>...für eine nachhaltige Stadt(-teil)entwicklung:</p> <ul style="list-style-type: none">• Herstellung und Sicherung qualitätsvoller, vielfältiger öffentlicher Räume,• Modernisierung der Infrastrukturnetze wie z.B. öffentlicher Stadtverkehr,• Schaffung einer kompakten Siedlungsstruktur,• Nutzungsmischung von Wohnen, Arbeiten, Bildung, Versorgung und Freizeitgestaltung in den Stadtquartieren, <p>aktive Innovations- und Bildungspolitik (durch Förderung des sozialen und interkulturellen Dialogs, Zusammenführung lokaler Akteure, Unterstützung von Netzwerken, Optimierung von Standortstrukturen, etc.)</p>

<p><i>Besondere Aufmerksamkeit für benachteiligte Stadtquartiere im gesamtstädtischen Kontext</i></p>	<p>...um die Herausforderungen und Probleme aus dem wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel wie Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und die Spaltung der Stadtgebiete zu bewältigen, durch:</p> <ul style="list-style-type: none">• soziale Wohnraumpolitik,• soziales Monitoring und frühzeitige Interventionen in Stadtquartieren,• aktive und intensive Dialoge zwischen BewohnerInnen, Politik und wirtschaftlichen Akteuren,
<p><i>Handlungs-Strategien</i></p>	<p>...dazu sind:</p> <ul style="list-style-type: none">➤ Stärkung der lokalen Wirtschaft und der lokalen Arbeitsmarktpolitik• ökonomische Stabilisierungsmaßnahmen in benachteiligten Stadtquartieren,• Förderung sozialwirtschaftlicher Einrichtungen und bürgernaher Dienstleistungen,• Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen,• Erleichterung von Existenzgründungen,• nachfrageorientierte Qualifikationsmaßnahmen,➤ aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik• aktivierende Kinder- und Jugendpolitik, die an Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen in benachteiligten Stadtquartieren ansetzt,• sozialraumorientierte Kinder- und Jugendpolitik, die Teilhabe- und Verwirklichungschancen in benachteiligten Stadtgebieten verbessert,➤ Förderung leistungsstarken und preisgünstigen städtischen Nahverkehrs, zur Stärkung der Wohn- und Lebensqualität bislang benachteiligter Stadtgebiete• insbesondere in Stadtgebieten mit hoher Verkehrslärmbelastung und schlechter Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz.

Wie werden die Empfehlungen der „Leipzig Charta“ in NW umgesetzt?
Soll-Ist-Vergleich

TEIL 1: Integrierte Stadtentwicklungspolitik	
Empfehlungen der „Leipzig Charta“	Umsetzung in Nordwest
Analyse der Stärken und Schwächen der Stadt und all ihrer Stadtteile	Vorbereitende Untersuchung HS-OG; Studie Becker/2003 (Uffhofen + NW); Bericht Maier/2002+2004 (Nordwest); LOS-Bedarfserhebung, Becker/2005 Sachstandbericht und MehrLiN-Tag 2008 Rahmenplan Nordwest 2010
Entwicklung einer Vision sowie beständiger Entwicklungsziele für das gesamte Stadtgebiet	Prozess „ Stadtkonzeption 21 “ -lokale Agenda 21 Offenburg
Entwicklung einer Vision sowie beständiger Entwicklungsziele für den Stadtteil	MehrLiN-Prozess seit 2001
Abstimmung teilräumlicher, sektoraler Pläne und politischer Maßnahmen sowie die Sicherung einer ausgeglichenen Entwicklung des Stadtraumes in Bezug auf die geplanten Investitionen	Für den Stadtteil Nordwest, durch ein Programm Integrierte Stadtteilentwicklung
Koordination und Moderation innerhalb der Stadtverwaltung sowie zwischen allen lokalen Akteuren auf Gesamtstadt- und Stadtteilebene	Für den Stadtteil Nordwest, durch Einrichtung einer verwaltungsinternen Lenkungsgruppe sowie einer Koordinierungsgruppe
Koordination auf lokaler und stadtregioanaler Ebene unter Einbezug der BürgerInnen und anderer Beteiligter	Durch die Stadtteilkonferenz sowie die Bürgerabende und MehrLiN-Infoabende
Handlungsstrategien für eine nachhaltige Stadt(-teil)entwicklung	
Empfehlungen der „Leipzig Charta“	Umsetzung in Nordwest
Herstellung und Sicherung qualitätsvoller, vielfältiger öffentlicher Räume	Entwicklung und Verbesserung von Straßen und Plätzen sowie der Spiel-/Frei- und Grünflächen im Stadtteil
Modernisierung der Infrastrukturnetze wie z.B. öffentlicher Stadtverkehr	Maßnahmen der AG Verkehr und Infrastruktur
Schaffung einer kompakten Siedlungsstruktur	Sanierung und Innenverdichtung vor Neubau im Außenbereich
Nutzungsmischung von Wohnen, Arbeiten, Bildung, Versorgung und Freizeitgestaltung in den Stadtquartieren	Erhalt und Festigung der vorhandenen vielfältigen Nutzungsmischung , siehe Rahmenplanung NW
aktive Innovations- und Bildungspolitik (durch Förderung des sozialen und interkulturellen Dialogs,	Viele Maßnahmen + Projekte zur Bildungsförderung, Kunst- und Kulturförderung, AGs und runde Tische

Zusammenführung lokaler Akteure, Unterstützung von Netzwerken, Optimierung von Standortstrukturen, etc.)	zur Vernetzung (Kultur und Soziales, Verkehr und Sicherheit, Franz-Volk-Park, etc.); Programm OG macht Schule; Schaffung SMS; Freigelände Schulen
TEIL 2: Besondere Aufmerksamkeit für benachteiligte Stadtquartiere im gesamtstädtischen Kontext	
...um die Herausforderungen und Probleme aus dem wirtschaftlichen und sozialen Strukturwandel wie Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und die Spaltung der Stadtgebiete zu bewältigen	
Empfehlungen der „Leipzig Charta“	Umsetzung in Nordwest
soziale Wohnraumpolitik	Einbezug von Wohnbauges./-gen.; Vermeidung von Verdrängungseffekten; keine Hinweise/Klagen aus Soz. bereich
soziales Monitoring und frühzeitige Interventionen in Stadtquartieren	Nicht standardisiert vorhanden, weil: keine erhebliche Problembelastung, geringe Größe der Stadtteile OGs
aktive und intensive Dialoge zwischen BewohnerInnen, Politik und wirtschaftlichen Akteuren	MehrLiN-Planungswerkstatt 2002, MehrLiN-Tag 2008, Beteiligung wirtschaftlicher Akteure: z.B. Schülerpraktika in Firmen vor Ort, Schwierigkeit: heterogene Unternehmensstruktur, trotz stadtweiter Wirtschaftsforen, wenig Kooperation auf Stadtteilebene; Einzelhändler in NW: „Baustellenfest“ mit 14 Einzelhändlern, noch keine Koop. im unteren Angel.
Handlungsstrategien für eine nachhaltige Stadt(-teil)entwicklung	
➤ Stärkung der lokalen Wirtschaft und der lokalen Arbeitsmarktpolitik	
<ul style="list-style-type: none"> ökonomische Stabilisierungsmaßnahmen in benachteiligten Stadtquartieren 	Durch städtische Vermittlung ermöglicht: Neu- und Erweiterungsbauten der Energieversorger (badenova, EWM), zusätzlicher Neubau Lidl + Schneider Küchenstudio, Erweiterung Fa. Kuhn, ehem. Gewerbeschule Okenstraße, Meikoerweiterung auf Concordgelände, Neubau Kaufland am Güterbahnhof
<ul style="list-style-type: none"> Förderung sozialwirtschaftlicher Einrichtungen und bürgernaher Dienstleistungen 	Babysittervermittlung, Tagesmütterverein, Krabbelgruppe,
<ul style="list-style-type: none"> Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen 	Siehe zwei Zeilen oberhalb unter „ökonomische Stabilisierung“
<ul style="list-style-type: none"> Erleichterung von Existenzgründungen 	Planungsbüro, Internationaler Lebensmittelladen in NW, Marktstand Pooja's indische Küche, Praxis für Kinesiologie
<ul style="list-style-type: none"> nachfrageorientierte 	Fit@net, Aktiv ohne Job, Frühstückstreff

Qualifikationsmaßnahmen	international, Bewerbungstrainings, Familien und Beruf, Sprachförderung, EDV-Kurse, Stadtteilmütter,
➤ aktive Bildungs- und Ausbildungspolitik	
<ul style="list-style-type: none"> aktivierende Kinder- und Jugendpolitik, die an Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen in benachteiligten Stadtquartieren ansetzt 	Ausbau Schulzentrum Nord; Stadtteil- und Familienzentrum, SMS, Jugendtreff, Hort, „Mädchen ans Auto“, etc.
<ul style="list-style-type: none"> sozialraumorientierte Kinder- und Jugendpolitik, die Teilhabe- und Verwirklichungschancen in benachteiligten Stadtgebieten verbessert 	Rucksackprojekt, Begleitete Erziehungspartnerschaft, etc.
➤ Förderung leistungstarken und preisgünstigen städtischen Nahverkehrs, zur Stärkung der Wohn- und Lebensqualität bislang benachteiligter Stadtgebiete	
<ul style="list-style-type: none"> insbesondere in Stadtgebieten mit hoher Verkehrslärmbelastung und schlechter Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz. 	Optimierung Liniennetz, Instandsetzung Bushaltestellen, Taxistand am Bahnhof, Reisebusverkehrshalt am Bahnhof, Umleitung Schwerlastverkehr, Rückbau Bundesstraße (Straßburger Str.) Bahnhofsareal mit Vorplatz, Umgestaltung Schulzentrum

Anlage 2: Bund-Länder-Programm die „Soziale Stadt“

Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und der Länder wurde im Jahr 1999 mit dem Ziel gestartet, die „Abwärtsspirale“ in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensbedingungen vor Ort umfassend zu verbessern. Die Soziale Stadt startete im Jahr 1999 mit 161 Stadtteilen in 124 Gemeinden; 2009 waren es bereits 571 Gebiete in 355 Gemeinden (vgl. BMVBS, Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt).

Ziele des Programms sind

- die physischen Wohn- und Lebensbedingungen sowie die wirtschaftliche Basis in den Stadtteilen zu stabilisieren und zu verbessern,
- die Lebenschancen durch Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen zu erhöhen,
- Gebietsimage, Stadtteilöffentlichkeit und die Identifikation mit den Quartieren zu stärken.

Handlungsfelder der Sozialen Stadt

Der integrative Ansatz des Programms Soziale Stadt spiegelt sich darin, dass Maßnahmen und Projekte aus allen Politikbereichen realisiert werden und häufig mehrere Politikbereiche zugleich abdecken. Die Realisierung von Maßnahmen und Projekten in den inhaltlichen Handlungsfeldern der Sozialen Stadt erfordert den Aufbau eines leistungsfähigen Koordinierungs-, Kooperations- und Partizipationsmanagements, das in den instrumentell-strategischen Handlungsfeldern angelegt ist.

Instrumentell-strategische Handlungsfelder:

- Integrierte Entwicklungs- bzw. Handlungskonzepte
- Gebietsbezug
- Ressourcenbündelung
- Quartiermanagement
- Aktivierung und Beteiligung
- Evaluierung
- Monitoring

Inhaltliche Handlungsfelder:

- Beschäftigung
- Qualifizierung und Ausbildung
- Wertschöpfung im Gebiet
- Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur
- Schule und Bildung
- Gesundheitsförderung
- Umwelt und Verkehr
- Stadtteilkultur
- Sport und Freizeit
- Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen
- Wohnungsmarkt und Wohnungsbewirtschaftung
- Wohnumfeld und öffentlicher Raum
- Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit

Wie werden die Empfehlungen der „Sozialen Stadt“ in NW umgesetzt?
Soll-Ist-Vergleich

<i>Ziele des Programms</i>	
Empfehlungen der „Sozialen Stadt“	Umsetzung in Nordwest
die physischen Wohn- und Lebensbedingungen sowie die wirtschaftliche Basis in den Stadtteilen zu stabilisieren und zu verbessern	Sanierungen + Modernisierungen von Gebäuden, Wohnungen, Straßen + Plätzen! Einbezug in Entwicklungsprozess und Versuche der Vernetzung lokaler Unternehmen (z.B. Einzelhandel mit Straßenfest)
die Lebenschancen durch Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen zu erhöhen	Bildungs-+Qualifizierungs-Projekte („LOS“ und „Stärken vor Ort“), Modellprojekte „nichtinvestive Maßnahmen“
Gebietsimage, Stadtteilöffentlichkeit und die Identifikation mit den Quartieren zu stärken	Laut Einschätzung lokaler Akteure (Stadtteilkonferenz, AG Kultur und Soziales, Bürgervereinigung, SFZ-Leiter, SFZ-GWAler) sind Wirkungen feststellbar
<i>Instrumentell-strategische Handlungsfelder der „Sozialen Stadt“</i>	
Empfehlungen der „Sozialen Stadt“	Umsetzung in Nordwest
<ul style="list-style-type: none"> Integrierte Entwicklungs- bzw. Handlungskonzepte 	Entwickelt zwischen 2000 und 2001; Planen am Modell 2001; verabschiedet per GR Beschluss vom 21.10.2002 ; Programm „Soziale Stadt“ seit 2004.
<ul style="list-style-type: none"> Gebietsbezug: Begründete Gebietsfestlegung (Gebietsgröße, Probleme, Potentiale) 	Große Teile des Stadtteil Nordwest (Bezirk 120) ohne Gewerbe-/Industriegebiete im Norden, zzgl. Bahnhofsareal ab 2005 und „Stadtumbau West – Mühlbach“ 2008
<ul style="list-style-type: none"> Ressourcenbündelung: ämter- oder dezernatsübergreifende Lenkungsgruppen zur Steuerung der Programmumsetzung 	Lenkungsgruppe (verwaltungsintern: Ltg durch 1. BM, alle FB-Leiter als TN), Projektleitung (Herr Kothmeier), Koordinationsgruppe (ämterübergreifend, verwaltungsintern alle FB, zzgl. extern SFZ-GWA)
<ul style="list-style-type: none"> Quartiermanagement strategischer Ansatz zum systematischen Aufbau von selbsttragenden und nachhaltig wirksamen personellen und materiellen Strukturen zur Entwicklung des Quartiers (Verwaltungsebene: ressortübergreifende Arbeitsgruppe und kommunaler Gebietsbeauftragter; Quartierebene: Stadtteilbüro mit GWAler, Intermediäre Ebene: Moderator/Mediator) 	Verwaltungsebene: Koordination durch Projektleitung (Hr. Kothmeier) Intermediäre Ebene: keine unabhängige Instanz, sondern Moderationsfunktion angesiedelt bei kommunaler Abteilung 9.3 (Frau Langeneckert) Quartierebene: Stadtteil- und Familienzentrum mit GWA

<ul style="list-style-type: none"> • Aktivierung und Beteiligung <p>Bevölkerung und andere lokale Akteure (Unternehmen, Verbände, Vereine, etc.) beteiligen, vernetzen und individuelle Problemlösungskompetenzen verstärken</p>	<p>Stadtteilkonferenz (Kommune andere Behörden, Verbände, Vereine, Initiativen, etc.) Stadtteilteam; Beteiligungsverfahren im Rahmen von MehrLiN (Planning for Real, Planungswerkstatt, MehrLiN-Tag, Bürgerforen, runde Tische, AGs, MehrLiN-/Bürger-Infoabende, aktivierende Befragungen, Stadtteilstete, Mikroprojekte, Bürger-Kulturevents,) Einbezug/Beteiligung von Einzelhandel, Gewerbe und Industrie</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Evaluierung <p>Wichtiges Instrument von Qualitätsmanagement und Politiksteuerung; Ziele: - Herstellung von Transparenz hinsichtlich komplexer Wirkungszusammenhänge, - Vermittlung von Handlungs- und Erfahrungswissen, - Beitrag zur Qualifizierung von Strategien, Konzepten und Projekten, - erkennen von Fehlentwicklungen, - Aufzeigen von Umsteuerungsmöglichkeiten</p>	<p>Selbstevaluation: Berichterstattung an politische Gremien, Lenkungsgruppe, Koordinierungsgruppe AGs, Bürgertisch und Bevölkerung durch Beschlussvorlagen, Sachstandsberichte, Realisierungsrahmen, Maßnahmenblätter, Rahmenplan-NW,</p> <p>Fremdevaluation: Plänen am Modell 2001; Bericht „Deutungen und Materialien zur Situation in NW“, Maier/2002+2004; Bedarfserhebung zu LOS, Becker/2005; MehrLiN-Tag 2008 mit Bevölkerung; Gutachten zur Verstetigung, Becker/2011</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Monitoring <p>Regelmäßige Erhebung von Kontextindikatoren (soziodemografische und ökonomische Situation des Programmgebietes im Vergleich zur Gesamtstadt) zur Erfassung der Entwicklungstendenzen und Handlungsrelevante Rahmenbedingungen darstellen und diese mit geeigneten Instrumenten erfassen.</p>	<p>Außer den Erhebungen zur Selbstevaluation siehe oben, kein standardisiertes Monitoring erkennbar Daten sollten erhoben werden zu: Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung, Armutsindikatoren der Bevölkerung, Schulabgängerstatistik, Wanderungsbewegungen in/aus NW, Altersverteilung in NW, Lebensformen insbes. mit/ohne Kindern, Angebot an günstigem Wohnraum, Immobilienmarkt und Mietspiegel, Einzelhandels- und Gastronomiesituation, Nahräumliches Versorgungsangebot, Vandalismusvorkommen, ÖPNV-Nutzung Subjektive Zufriedenheit und Stadtteilimage</p>

<i>Inhaltliche Handlungsfelder:</i>	
Empfehlungen der „Sozialen Stadt“	Umsetzung in Nordwest *
<ul style="list-style-type: none"> • Beschäftigung 	Bis 2004 lag die Arbeitslosenrate in NW über dem Durchschnitt der Gesamtstadt ,
<ul style="list-style-type: none"> • Qualifizierung und Ausbildung 	Übergangsquoten in Realschule und Gymnasium unterdurchschnittlich,
<ul style="list-style-type: none"> • Wertschöpfung im Gebiet 	5 Maßnahmen wurden abgeschlossen. Maßnahmen 5.3 „Gestaltung Bahnhofsumfeld“ noch in Arbeit; 5.5 „Sichtbarer Stadteingang“ unbearbeitet; 5.8 „Forum Gastronomie“ noch in Arbeit; 5.9 „Forum Sauberkeit“ noch in Arbeit
<ul style="list-style-type: none"> • Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur 	Intensive Arbeit der AG Kultur und Soziales (Erweiterung Schulzentrum, Ausbau Mensa und SFZ) 17 Maßnahmen abgeschlossen.
<ul style="list-style-type: none"> • Schule und Bildung 	Infrastrukturverbesserungen im Schulzentrum Nord (siehe oben)
<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitsförderung 	1 Projekt im Rahmen „Stärken vor Ort“
<ul style="list-style-type: none"> • Umwelt und Verkehr 	13 Maßnahmen wurden abgeschlossen. Intensive Arbeit der AGs Verkehr + Infrastruktur sowie Frei- und Spielflächen Maßnahmen 4.5 „Gesamtkonzept Verkehrsberuhigung“, 4.15 „Parkraumkonzept“ und 4.16 „Verkehrssicherheit-Beleuchtungskonzept“ noch in Arbeit
<ul style="list-style-type: none"> • Stadtteilkultur 	Intensive Arbeit der AG Kultur und Soziales Maßnahme 3.6 „Forum Stadtteilgeschichte“ unbearbeitet
<ul style="list-style-type: none"> • Sport und Freizeit 	3 Maßnahmen wurden abgeschlossen. Maßnahmen 2.4 „Spiel-, Frei- und Grünflächenkonzept“ noch in Arbeit 2.5 „Gestaltungskonzept Wasseradern“ unbearbeitet
<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen 	Durch viele Projekte gefördert; laut Aussage lokaler Experten verbessert bis gut aber ständig zu bearbeiten

<ul style="list-style-type: none"> Wohnungsmarkt und Wohnungsbewirtschaftung 	<p>Mittel für Wohnungssanierungen und Neubau wurden noch nicht ausgeschöpft.</p>
<ul style="list-style-type: none"> Wohnumfeld und öffentlicher Raum 	<p>3 Maßnahmen zum FVP abgeschlossen. Maßnahmen 1.4 „Nutzungsmöglichkeiten FVP“ und 1.5 „Sicherheit: Jugendliche und deren Begleiterscheinungen im FVP“ noch in Arbeit</p>
<ul style="list-style-type: none"> Imageverbesserung und Öffentlichkeitsarbeit 	<p>Laut Aussagen lokaler ExpertInnen hat sich das Stadtteilimage verbessert.</p>

* Hier sind nur Maßnahmen und Vorhaben aufgeführt, die derzeit noch in Arbeit bzw. noch nicht begonnen worden sind. Zur Umsetzung sind auch zahlreiche Projekte als „Modellvorhaben“ im Rahmen der Sozialen Stadt sowie im Rahmen von „LOS“ bzw. dem Nachfolgeprogramm „Stärken vor Ort“ durchgeführt worden.

Anlage 3: Auswertung Kurzfragebogen Stadtteilkonferenz vom 18.11.2010

1. Was hat sich aus Ihrer Sicht in den letzten 10 Jahren in der Nordweststadt verändert?

- bauliche Verbesserungen
- Renovationen etc.
- Astrid-Lindgren-Grundschule: Spielhof
- die Umgestaltung des Hauptschulhofes fehlt leider noch
- Endlich geschafft: Renovierung Lehrerzimmer nach 10 Jahren Wartezeit

- viele bauliche Veränderungen/Verbesserungen im Tief- und Hochbau

- Das SFZ hat maßgeblich das „soziale Umfeld“ verändert

- sehr, sehr viel

- Wohnqualität hat sich verbessert,
- Bausubstanz saniert
- und soziale Angebote

- Positive architektonische Entwicklung
- BewohnerInnen aktiviert
- Soziale Infrastruktur hat sich verbessert

- Sicherheit
- Kommunikation
- Sauberkeit, Gesamtbild

- Kindergarten, Tagesstätte
- schöne Mensa für Schüler
- schöne Bibliothek
- für Freizeit und Hobbies
- Lidl sehr gut

- breite Beteiligung verschiedener Gruppen, Personen
- Wohnqualität positive + sanierte Plätze

- Kontakt zwischen den Bewohnern wird nach und nach ausgebaut, Rückmeldung von Eltern in der Kita

- baulich gut und positiv verändert
- Betreuung der Gruppierungen gefährdet

- positive und mehr Kommunikation als früher
- bessere Wohnqualität
- neue Wohnungen
- mehr Angebote kulturell und für Integration

- Infos über Angebote per email an unsere Einrichtung
- Angebote die für uns interessant sind

- Ernst-Batzer-Straße schöne Anlage
- Leute fühlen sich zunehmend mehr von Stadtteil- und Familienzentrum angesprochen
- schöner geworden
- Häuserbestand verbessert
- Angebote für unterschiedliche Gruppen (jung und alt)

Themenkomplexe:

Bauliche Aufwertung (Straßen, Plätze, Häuser,...) (hellblau) 15 Nennungen

Vernetzung von Organisationen und Bürgerbeteiligung (grelles grün) 8 Nennungen

Soziale Infrastruktur (SFZ, GWA-Stelle; Fördergelder für soziale Projekte, ...) (rosa) 7 Nennungen

Schulen (rot) 5 Nennungen

Sicherheit+Sauberkeit (lavendel) 2 Nennungen

Lokale Wirtschaft (indigoblau) 1 Nennung

2. Welche Veränderungen sind ihrer Meinung nach auf die Aktivitäten des MehrLiN-Prozesses zurückzuführen?

- LOS-Projekte
- Ausbau Stadtteil- und Familienzentrum
- Schulzentrum
- Mensa
- Bücherei in der Schule
- viele bauliche Veränderungen/Verbesserungen im Tief- und Hochbau
- die Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund
- bauliche und soziale Maßnahmen
- Achtung der Bewohner
- Solidarisierungsprozess wurden initiiert
- Zugehörigkeitsgefühl „keimt“
- Identifikation zum Wohngebiet wurde erhöht
- Gebäudesanierung
- Schulensanierung
- Begrünung
- bauliche Veränderungen,
- SFZ als Knotenpunkt und Begegnungsort,
- Projekte als Beteiligungsmöglichkeit
- SFZ am Mühlbach,
- Fassaden, die schöner und neu gestrichen sind
- Gestaltung Straßburger Straße
- Sanierung der Wohnungen

- Straßenbau
- soziale Projekte

- Angebote auch für Jugendliche und Familien

- „Rieger-Platz“ positiv
- Angebote

- optische Veränderungen
- soziales Miteinander

Themenkomplexe:

Bauliche Aufwertung (Straßen, Plätze, Häuser,...) (hellblau) 11 Nennungen

Vernetzung von Organisationen und Bürgerbeteiligung (grelles grün) 9 Nennungen

Soziale Infrastruktur (SFZ, GWA-Stelle; Fördergelder, ...) (rosa) 5 Nennungen

Schulen (rot) 4 Nennungen

Sicherheit+Sauberkeit (lavendel) und Lokale Wirtschaft (indigoblau) 0 Nennung

3. Was würde am meisten fehlen, wenn das MehrLiN-Programm zu ende ginge?

- Bewegung im Stadtteilzentrum und in den sozialen Einrichtungen

- Anreize, Anschübe

- eine wesentliche Schnittstelle zwischen Bürger und Institutionen würde geschwächt

- Geld: Fortführung der z.Zt. laufenden Maßnahmen

- Begegnungsmöglichkeiten, Vielzahl der Nicht-Investiven Maßnahmen

- Notwendige finanzielle Mittel zur Veränderung würden fehlen

- gemeinsame Zusammenarbeit

- Personalstelle GWA

- Stelle Gemeinwesenarbeit

- Herr Abler

- Ereignisse, die das Zusammenleben/-feiern und fördern

- Anregungen und Begleitung von sozialen Projekten

Themenkomplexe:

Vernetzung von Organisationen und Bürgerbeteiligung (grelles grün) 6 Nennungen

Soziale Infrastruktur (SFZ, GWA-Stelle; Fördergelder, ...) (rosa) 6 Nennungen

Bauliche Aufwertung (Straßen, Plätze, Häuser,...) (hellblau) 0 Nennungen

Schulen (rot) 0 Nennungen

Sicherheit+Sauberkeit (lavendel) 0 Nennungen

Lokale Wirtschaft (indigoblau) 0 Nennung

4. Welche Probleme gibt es noch im Stadtteil, die aus ihrer Sicht noch nicht gelöst sind?
- Schulhöfe
 - Schulräume –nutzung und –gestaltung
 - Image, Integration
 - Menschen mit Behinderung (trotz Werkstätte) sind zu wenig im Blick (UN-Behindertenrechtskonvention/Inklusion)
 - Franz-Volk-Park Toilette
 - Bahnhofsgebäude und direktes Umfeld
 - Kommunikation zwischen den Nationalitäten
 - Substitutionspraxis durch erhöhte Patientenzahlen muss ausgelagert werden
 - Franz-Volk-Park (Stadtsheriffs?)
 - Soziale 3-Zimmerwohnungen für junge Familien mit Kind und geringem Einkommen
 - Spielflächen für Kinder,
 - Sitzgelegenheiten in Wohnraumnähe (nicht Schulzentrum)
 - ein neuer Spielplatz im Stadtteil
 - viele spezielle teilweise problemhafte Klientel nach sich ziehende Institutionen
 - viele Hauptstraßen, stark befahrene Straßen
 - attraktivere Innenhöfe wären für die Bewohner schön
 - Demografie
 - Kontinuität der Projekte
 - Bahnhofsumfeld
 - soziale Schere,
 - Probleme zwischen Nationalitäten
 - Franz-Volk-Park
 - Drogen – fühlen uns unsicher, hatten auch schon einen Drogeneinbruch in der Einrichtung
 - Franz-Volk-Park Nutzung
 - Bahnhofsareal
 - Verkehrsführung um Bahnhof

- neues Problem „Bahntunnel“
- gute Gaststätte fehlt noch als Treffpunkt für Bevölkerung
- Bahnhofsareal muss aufgewertet werden
- Bürgerbeteiligung muss Blick auf Gesamtstadt berücksichtigen und sich auch in Kommunalpolitik einbringen – Wahl von VertreterInnen in den Gemeinderat.

Themenkomplexe:

Bauliche Aufwertung (Straßen, Plätze, Häuser,...) (hellblau) 12 Nennungen

Vernetzung von Organisationen und Bürgerbeteiligung (grelles grün) 11 Nennungen

Soziale Infrastruktur (SFZ, GWA-Stelle; Fördergelder, ...) (rosa) 3 Nennungen

Schulen (rot) 2 Nennungen

Sicherheit+Sauberkeit (lavendel) 1 Nennung

Lokale Wirtschaft (indigoblau) 1 Nennung

Anlage 4: Thematische Auswertung Gruppendiskussion mit Vorstand Bürgervereinigung Nordwest vom 25.10.2010

1. Was hat sich aus Ihrer Sicht in den letzten 10 Jahren in der Nordweststadt verändert?

- Renovationen etc.
- Modernisierung
- **Ausbau Schulareal**
- Umbau Fidelispark

- optische Umfeldaufwertung
- erhöhte Wohnqualität

- **Schulzentrum gut verändert**
- Wohnqualität verbessert,

- **Vernetzung zwischen Organisationen über das SFZ**

- bauliche Sanierung (Häusersanierung, Straßen und Plätze, Ausstattung des öffentlichen Raums wie Grill, Spielplatz, FVP- hat zur Verbesserung der Wohnqualität geführt

- **mehr Bürgerbeteiligung (vorwiegend Ältere, z.B. Bürgerabend November 2010) zeigt Identifikation mit dem Stadtteil**

- **Wünsche: GWA-Stelle, Herr Abler sollte bleiben, wegen Entlastung der Organisationen bei deren Vernetzung**

- **Kontakt zwischen Bürgervereinigung und Stadt hat sich verbessert**

Ergebnisse:

Bauliche Aufwertung (7 Nennungen)

Vernetzung von Organisationen und Bürgerbeteiligung (3)

Schulen (2)

Soziale Infrastruktur (1)

Lokale Wirtschaft (0)

Bevölkerungsstruktur (0)

2. Welche Veränderungen sind ihrer Meinung nach auf die Aktivitäten des MehrLiN-Prozesses zurückzuführen?

- Renovierung und Straßengestaltung (Umbau und Sanierung)
- **Ausbau Stadtteil- und Familienzentrum und Umfeld (Schulzentrum)**

Ergebnisse:

Bauliche Aufwertung (1 Nennung)

Vernetzung von Organisationen und Bürgerbeteiligung (0)

Schulen (0)

Soziale Infrastruktur (1)

Lokale Wirtschaft (0)

Bevölkerungsstruktur (0)

3. Was würde am meisten fehlen, wenn das MehrLiN-Programm zu Ende ginge?

- Unterstützung für bestehende und zukünftige Projekte
- das Miteinander

- Begleitausschuss: Austausch zwischen den Organisationen

- Fördergelder würden fehlen

Ergebnisse:

Bauliche Aufwertung (0)

Vernetzung von Organisationen und Bürgerbeteiligung (2)

Schulen (0)

Soziale Infrastruktur (2)

Lokale Wirtschaft (0)

Bevölkerungsstruktur (0)

4. Welche Probleme gibt es noch im Stadtteil, die aus ihrer Sicht noch nicht gelöst sind?

- Bahnhofsareal
- Integration Ausländer

- Attraktivitätssteigerung (weiterführen)

- Erhalt des Einzelhandels/Läden (wegen Altersstruktur)

- Altersmischung + Familienattraktivität des Stadtteils

- Bahnhofsareal bis Güterstraße

Ergebnisse:

Bauliche Aufwertung (2)

Vernetzung von Organisationen und Bürgerbeteiligung (1)

Schulen (0)

Soziale Infrastruktur (0)

Lokale Wirtschaft (1)

Bevölkerungsstruktur (1)

Themenkomplexe:

Bauliche Aufwertung (Straßen, Plätze, Häuser,...)

Vernetzung von Organisationen und Bürgerbeteiligung

Schulen

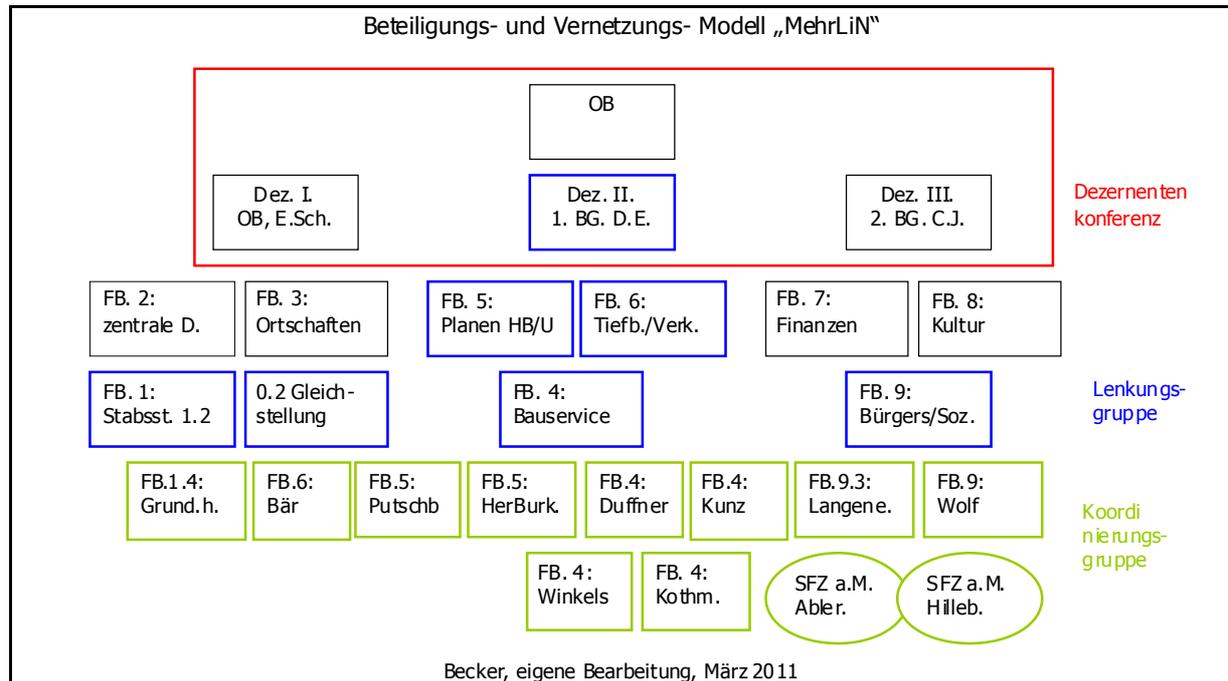
Soziale Infrastruktur (SFZ, GWA-Stelle; Fördergelder für soziale Projekte, ...)

Lokale Wirtschaft (Indigoblau)

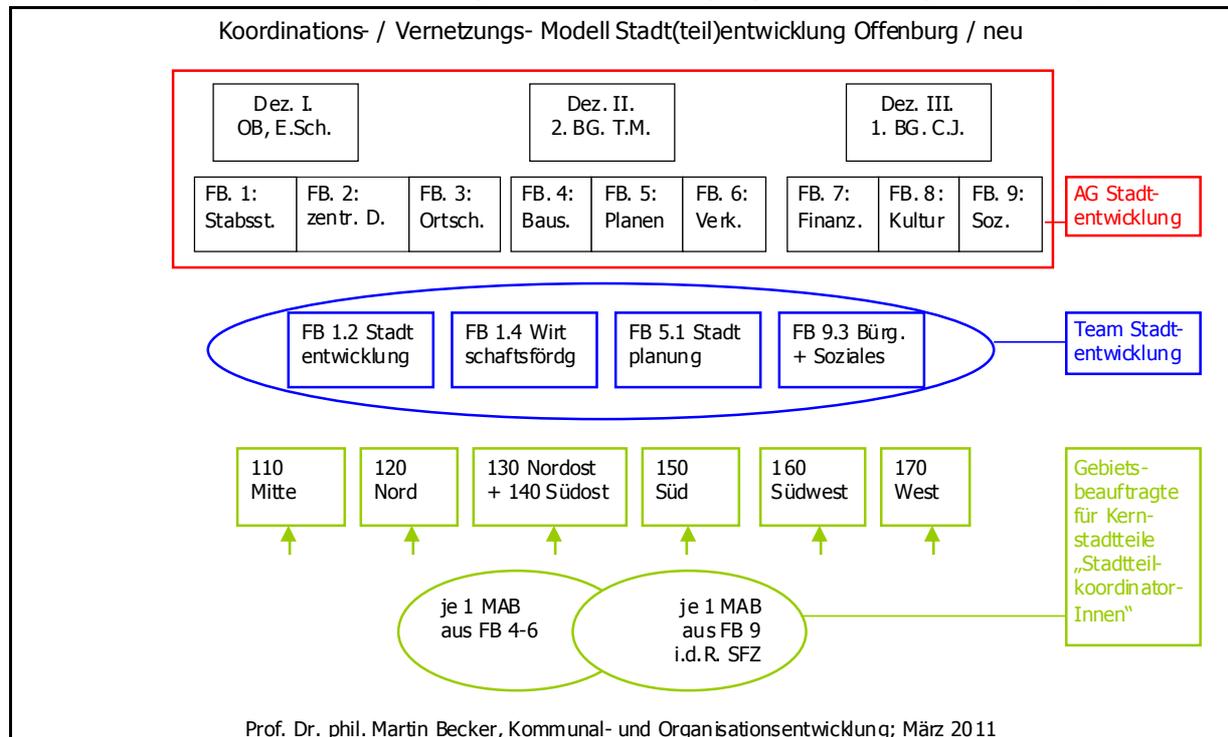
Bevölkerungsstruktur (Lavendel)

Anlage 5: Schaubilder zur Vernetzungs- und Koordinationsstruktur

1. Beteiligungs- und Vernetzungs- Modell „MehrLiN“



2. Koordinations- und Vernetzungs- Modell Stadt(teil)entwicklung Offenburg / neu“



3. Beteiligungs- und Vernetzungs- Modell auf Stadtteilebene / neu

